

# DEUTSCHE PÄCKER-ZEITUNG

des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Magistrasse 6.

Offizielles Organ  
der Central-Branche und Siede-Gasse der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Die Furcht vor dem roten Lappen oder das böse Gewissen.

"Pythagoras, der Philosoph, ersann ein neues Lehrgesetz und brachte dann, da er doch nur ein Heide war, den Göttern hundert Opferstiere dar. Es ist da ein Wunder, daß die Ochsen erzittern, sobald sie eine neue Wahrheit wittern?" —

Überall, wo eine neue Idee, eine neue Bewegung mit den Vorurteilen und Interessen einer längst vergangenen Zeit zusammenstoßt, da entsteht wilde Aufregung unter denjenigen, welche so lange ihr behagliches Dasein unter dem Schutz alter Sitten und Gewohnheiten genossen haben. Es gibt eben immer Leute, welche sich auch unter den erbärmlichsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen, wohlbesinnen; indem sie sich ihr Beutchen, neben einer leidlichen Butterstelle, recht mollig zurecht gemacht haben. Diese Art Leute fürchten, infolge ihrer gewohnheitsmäßigen Bequemlichkeit am allermeisten jedwede Aenderung ihrer Lage, selbst wenn sie dabei Vorteile erzielen. Diejenigen aber, welche durch eine Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, vielleicht gar eine behagliche Existenz verlieren und eine solche neu suchen müssen, werden in allererster Linie konservativ bleiben wollen, der Sozialismus in seinen schönsten Farben wirkt auf sie wie der rote Lappen auf den dummen Stier. Die moderne Arbeiterbewegung nach sozialistischem Prinzip ist denn auch allen denjenigen, welche sich bis dato noch eines leidlichen Wohlbesindens erfreuen, ein Greuel, namentlich aber unserer jüngsten Meisterschaft von altem Schrot und Korn. Sobald sie nur das Wort "Sozialismus" hören, überläuft es ihnen mit "Gänsehaut" — sie denken an "teilen", an aufgeben ihrer Meisterrechte, an Preisgeben ihres Weibes an jeden, der es haben will, überhaupt an Preisgabe alles dessen, was sie vielleicht bisher geerntet, wo sie nicht gesät haben. Das böse Gewissen regt sich, denn jeder sagt sich, daß er seine Mitarbeiter irgendwo — gerade so wie seine Vorfahren — betrogen hat.

Das soll nun anders werden, nach dem sozialistischen Prinzip der Gewerkschaften — es soll jeder die Früchte seiner Arbeit genießen — für gewisse Leute ist dies allerdings fatal, aber durchaus nicht schrecklich. Den diebähnigen, übersättigten, in ihrem Geiste pustenden Angstmeiern, welche eine Aenderung der Dinge so sehr fürchten, — sei es gesagt — sie mögen sich beruhigen, sie brauchen für ihren Wanst, für ihr Leben nicht zu fürchten. Die organisierten Arbeiter sind keine Plünderbarden und keine Menschenfresser, wie etwa die Bewohner von Dahome. Schon in früherer Zeit hat sich dies, bei den Kämpfen um das gleiche Recht zu leben, bewiesen. Freilich diese Herren "Prezärzte", kapitalistischer Mästungen entstammend, haben keine Ahnung von dem, was sich in früheren Zeiten ereignet, ihre ganze Kenntnis der Situation schöpfen sie aus den verlogenen Geschichtsbüchern, deren Medaille sie mit schwerem Gelde bezahlen. Zur Verhüting dieser, den Sozialismus fürchtenden Angstmeier hier nur ein Beispiel: Als im Jahre 1831 zu Lyon in Frankreich der große Seidenweberaufstand erfolgte, da wollten diese armen, bis aufs Blut ausgesogenen Seidenweber nicht etwa — "Fettbäuche" verzehren, sondern nur die Mittel zum "Gattwerden" sich erkämpfen. Sie waren die Beherrschter der Situation, trotzdem aber keine Menschenfresser, Jungfernräuber, Straßenräuber oder dergl. Die armen Weber von Lyon waren auch keine Betrüger und Spitzbuben — keine Gauner und Beuteschneider — sie waren grundsätzliche Kerle, die für rechte Arbeit gerechten Lohn verlangten. Darin aber erblickten jene Leute, jene Lyoner Seidenfabrikanten, welche zumeist durch Spitzbüberei und Betrug reich geworden, das Indizium des Sozialismus. Das rote Gespenst — die sozialistische Auwallung der geschundenen Arbeiter — mußte niedergeknüttelt werden, so lange derselbe noch in seinen Kinderschuhen auftrat.

Manches Jahr ist seitdem vergangen, aber die Tageserscheinungen sind immer noch dieselben — d. h. sobald

ehrliche Arbeiter erklären: sie können für den gebotenen, erbärmlichen Sündenlohn nicht mehr weiter arbeiten, dann sträubt man sich zunächst mit Hand und Fuß gegen eine Erhöhung desselben und wenns auch nur pro Stunde um einen Pfennig sich handelt, man begründet diese Weigerung in den Zeitungen, welche kapitalistische Goldschreiber mit Stoff versetzen, gewöhnlich damit, daß man damit sozialistische Grundsätze stärke — mit allen Kräften müsse man das rote Ungeheuer, welches nur nach Blut lechzt, bekämpfen und unisono stimmen dann die Ketter und Verteidiger der heutigen Gesellschaftsordnung ein, deren Schiachtruf lautet: "Nieder mit dem Sozialismus!" — Ein schreckliches Ungeheuer muß doch dieser Sozialismus sein, wenn selbst Pastoren und Minister ihre Hülfstruppen gegen denselben ausspielen, um zu retten, was noch zu retten ist, um die Gefahr für alle die, welche bisher sich so behaglich auf Kosten anderer gemästet haben, abzuwenden. Ja, aber — Ihr gelehrten Führer und Vertreter des "Gesamtvolkes" unseres Kulturstates — was will denn eigentlich der Sozialismus, vor dem Ihr Euch so sehr fürchtet? Will der Sozialismus etwa Zustände schaffen, wie in Dahome, Marocco oder etwa in der Türkei noch heute üblich sind — wo die rohe Gewalt herrscht — wo der Sultan oder sonst ein Mächtiger, jeden niederbauen läßt, der sich nicht gutwillig das Fell über die Ohren will ziehen lassen? Will der Sozialismus einen Leben und Eigentum weniger schaffen wie bisher; will er die Faulheit, die Gemeinschaft prämiieren, die Gunsten des Lasters — will er wirklich alle guten (?) Sitten vernichten und aus der Welt einen großen "Karmelskall" machen, wie die "Frömmen" im Lande behaupten? Nichts von alledem. Der wahre Sozialismus ist freilich ein Erneuter, er will neues an die Stelle des Alten setzen, aber sein Zweck ist nicht der Umsatz als solcher, sein Haupt- und Endziel ist vielmehr ein für alle Menschen gleich menschenwürdiges Dasein zu schaffen; nicht nur einzelne sollen sich das Leben angenehm machen dürfen, sondern jedem soll, seiner Individualität entsprechend, sein Maß voll Glück zu teil werden. In diesem Sinne haben sich die hervorragendsten Volkswirtschaftslehrer aller Nationen ausgesprochen: keiner derselben hat etwas unsittliches in der sozialistischen Idee gefunden, keiner derselben hat den "roten Lappen" gefürchtet, ein Beweis, daß es keine Ochsen waren, sie haben vor dem Sozialismus nicht gezittert. — Warum denn auch?

Die Furcht vor dem "roten Lappen" kann nur diejenigen anwählen, die ein böses Gewissen haben, denn an und für sich ist die rote Farbe einwandfrei, selbst als Symbolikum der sozialistischen Bewegung. Die Feinde und instinktiven Verächter dieses Symbols der Liebe, der allumfassenden Liebe, wie sie uns Schiller in seinem Lied "An die Freude" schildert, werden sich mit der Tatsache abzufinden haben, daß sie es hier nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun haben, die im Zeitsinne wieder vertreten geht oder verschwindet. Wie vereinst dem heidnischen Kaiser Konstantin das Kreuz als Symbol des Christentums auf einem wehenden "Lappen" erschien, mit der Umschrift: "In diesem siegt!", so erscheint auch den heutigen Machthabern die "rote Fahne" als ein Symbol — nicht nur der Liebe — sondern auch der Gerechtigkeit, gegenüber dem Druck des kapitalistischen Heidentums.

Der Sozialismus ist eine mächtige Kulturbewegung, deren erfreuliches Wachstum selbst von dem "größten Staatsmann" des vorigen Jahrhunderts, dem Fürsten Bismarck, nicht in seinem Laufe aufgehalten werden konnte; selbst Tod und langjährige Freiheitsstrafen konnten seine Anhänger nicht schrecken. Die sozialistische Partei ist heute die numerisch stärkste aller Parteien des deutschen Reiches; sie ist ganz bedeutend im Wachsen in England, sie zeigt sich in Frankreich und selbst unser eigenes Land, wo vor wenigen Jahren die meisten und einflußreichsten Zeitungen sie als "außländisches Gewächs" bezeichneten, das hier keinen Boden finden könne, sieht sie voranschreiten. Zu der Tat kann das Wachstum in allen Ländern der industriell zivilisierten Welt während der letzten Jahrzehnte nur mit dem

Wachstum der christlichen Kirche, anfangs ihres Auftretens, verglichen werden."

Dies ist das Urteil eines der begabtesten amerikanischen Volkswirtschaftslehrer, des Professors Elly, welcher seinerzeit in Milwaukee in einem volkswirtschaftlichen Kursus seinen bürgerlichen Zuhörern das Wesen des Sozialismus erläuterte. Elly führte seinem Auditorium gegenüber im weiteren was:

"Der Sozialismus ist, seinem allgemeinsten Wesen nach, weiter nichts als eine eigenartige, neuartige Organisation der menschlichen Gesellschaft in ihrer Güter erzeugenden und Güter verteilenden Eigenchaft behufs Ermöglichung und Sicherung eines edlen Lebensgemüses für alle." — "Der Sozialismus will auch nicht „teilen“, er will vielmehr das Eigentum für alle begründen und sichern. Die Sozialisten sind auch keine Verbrecher; Tatsache ist, daß sie darnach streben, das Verbrechen auszurotten und ihre Anhänger liefern das wenigste Buchthausmaterial, wie die Statistik es schon bewiesen hat." — — "Das positive Programm des Sozialismus besteht in der Aufhebung des Privat- oder Einzeleigentums an den Arbeitsmitteln, Überführung derselben in den Gemeinebesitz und gemeinschaftliche Nutzung und Ausnutzung derselben, während jeder aus dem gemeinschaftlichen Arbeitsertrag seinen Anteil erhält. Der eigentliche ethische Zweck des Sozialismus besteht darin, daß niemand Bedarf hat, der gegeben werden soll, an anderer Menschen Arbeit hat, zu betreiben, daß niemand jedermann bei gegebener Gelegenheit zum Lebenserwerbe von der Frucht seiner eigenen Arbeit leben soll."

So — das sind die Anschauungen eines amerikanischen Professors der Volkswirtschaft über das Wesen des Sozialismus, ob sie in den Köpfen des spießbürglerischen, tüftelnden Unternehmertums Platz greifen werden, bleibt zu wünschen, das böse Gewissen wird ja die "Furcht vor dem roten Lappen" nach wie vor wachhalten, man wird entweder nach Ochsenmanier mit den Hörnern darauf losgehen oder mit süßer Geberde der Frömmigkeit auf das Jenseits verweisend — die Hungrigen zu beschwichtigen suchen. Dies soll uns jedoch nicht hindern, die rote Fahne zu ehren und mit Feine zu rufen:

"Wir wollen hier auf Erden schon  
Das Himmelreich errichten.  
Wir wollen auf Erden glücklich sein  
Und wollen nicht mehr darben;  
Verkümmern soll nicht der faule Bauch  
Was fleißige Hände erwarben." —

Th. H.

## Die Streiks im Jahre 1903.

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftlichen Organisationen ein Kampfjahr, wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 4 Maiaussperrungen) zusammen 1282 Räume mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Räume war im Jahre 1895 mit 955. An den Streiks waren 75 820 an den Aussperrungen 45 763, insgesamt 121 593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verflossenen Jahre. Sie erreichte damals 123 888, doch muß das Jahr 1896 als ein Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30 000, an dem Streik der Hafenarbeiter 23 280 und an denen der Holzarbeiter 25 461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerken nicht wieder erreicht worden ist.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich entsprechend dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung gefeiert. Daraus werden zweihändig die Unternehmer und ihre bezahlten Agitatoren den Schluß ziehen, daß durch gezeigte Gewaltmaßnahmen dem Wirken der Gewerkschaften Einhalt geboten werden müsse. Jedoch treten die Herren, wenn sie vermögen, die beträchtliche Zunahme der wirtschaftlichen Kämpfe zur Verdächtigung der Gewerkschaften ausbeuten zu können. Bei näherer Betrachtung der Sache ergibt sich nämlich, daß, wenn schon Gewalt im gedachten Sinne geschaffen werden sollen, die sich gegen die Unternehmer, nicht aber gegen die Arbeitervolk zu richten hätten. Auch im verflossenen Jahr wurden mehr als die Hälfte, nämlich 679 gleich 53 Prozent aller Räume zur Abwehr gegen Maßnahmen und Transfertungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterschaft geführt. Im Jahre 1902 waren 66,4 und 1901 60,0 Prozent im

Schnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Proz. aller Kämpfe abwehrkämpfe. Des weiteren übt sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Aussperrungstatistik. Im Jahre 1900 wurden 46 Aussperrungen mit 14 630 Beteiligten, in den folgenden 3 Jahren 25 mit 8160, 66 mit 6791 und 82 mit 45 763 Beteiligten von dem Unternehmertum durchgeführt. In den letzten vier Jahren waren also nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 75 644 Beteiligten, von denen 51 961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1 937 109 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4 833 760 M. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden. Auch in den letzten Jahren ist die Angabe über den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst noch nicht vollständig. Die vorliegenden Zahlen sind aber völlig ausreichend, um zu erkennen, daß den Unternehmern der größere Teil der Schaden bei den Schäden, die unmittelbar durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Volkswirtschaft zugesetzt werden, beizumessen ist. Wenn dem aber nicht so wäre, wenn in allen diesen Kämpfen die Arbeiterschaft der angreifende Teil gewesen wäre, so länge noch lange kein Grund vor, über die unmittelbar hervortretenden Nachteile zu klagen, oder gar durch Gesetzesmaßregeln die Arbeiterschaft zwingen zu wollen, von ihrem Bestreben zu lassen, denn der Anteil, der aus diesen Kämpfen für die Gesamtwohlfahrt des Volkes sich ergibt, ist größer als der Nachteil, der durch Abwendung der Betriebsstörung in einzelnen Gewerken entsteht. Für vernünftig denkende Menschen gilt noch wie vor das, was der Kontingent des Arbeitsamtes des Staates New York in seinem Jahresbericht 1888 sagte: "Streiks haben geholfen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Lage nicht einzelner Arbeiter, sondern der Menschen überhaupt zu bessern." Wir sehen in den Streiks durchaus keinen Nachteil, sondern betrachten sie als einen bedeutenden Faktor für den Fortschritt der Menschheit. Die Gewerkschaften suchen trotzdem aber keine Streiks herbeizuführen, sondern sie noch Kräfte zu vermeiden, sofern sie ihren Zweck in irgend einer anderen Weise erreichen können. Und sie erreichen ihren Zweck wohl noch mehr durch die Lohnbewegungen, die nicht zu einer Arbeitseinstellung führen, als durch die Streiks. Bis jetzt ist ein Ausweis über diese Tätigkeit der Gewerkschaften nicht möglich gewesen, doch wird er vom Jahre 1904 ab erfolgen.

Die Konferenz der Vorstandsvertreter der Zentralverbände, die im Oktober 1903 tagte, beschloß, eine Statistik über die Lohnbewegungen zu führen. Dieser Beschluß ist durchgeführt und wird zum ersten Male für das Jahr 1904 eine Übersicht über die Lohnbewegungen geben werden, die nicht zu Streiks führen. Vielleicht lohnt sich dann die Streikstatistik auch dahin einzutragen, daß nicht nur angegeben wird, wie viele der Streiks von Erfolg waren und wie viele der Beteiligten auf die erfolgreichsten Streiks entfallen, sondern auch, was tatsächlich in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung erreicht worden ist. Voraussetzung hierfür wird aber sein müssen, daß die Statistik der Gewerkschaften im anderen Teilen vereinfacht wird. Dies wird geschehen können. Die heutige überaus umfangreiche Ausnahme hat ihre Ursache darin, daß die eindimensionale Streikstatistik sich auf Dinge erstreckt, die mit der Sache nichts zu tun hatten, deren Darstellung aber als Material gegen die Gewerkschaften dienen sollte. Wir haben für die Jahre 1901 und 1902 eingehend nachgewiesen, daß die eindimensionale Streikstatistik unzuverlässig ist. Der Vergleich für 1903 wird den Nachweis vervollständigen. Vermög man durch den amtlichen Apparat aber nicht einmal die sämtlichen Streiks festzustellen, dann ist noch viel weniger möglich, die Angaben über Kontraktbruch u. dergl. als zuverlässig hinzustellen. Es dürfte deshalb für die Zukunft genügen, die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik an dem Zahlen einer größeren Zahl Streiks, die ausschließlich jüngstens haben, Jahr für Jahr zu erweitern und den Gewerkschaften die Mühe zu sparen, nach Kontraktbrüchen und sonstigen Rebedingungen, außer in der amtlichen Statistik besonderer Wert gelegt wird, zu forschen. Eine Statistik, deren Unzuverlässigkeit im allgemeinen erwiesen, kann daraus folgerweise auch in einzelnen Teilen nicht als zuverlässig gelten und wird es sicher fallen, diese Teile gegen die Arbeiterschaft zu verwenden.

Eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Streikstatistik in eindimensionalem Sinne wird aber noch deutlicher erweisen, als dies bisher geschah, in wie erheblicher Weise die Gewerkschaften kulturfördernd wirken, denn jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft bringt mehr der kulturellen Fortentwicklung der Menschheit als Personen und menschliche Menschwerke oder was sonst als kulturfördernd von den betroffenen wird, die unmittelbare Gegenwartssituation als einen Nutzen aus.

Die geführten 1903 geführten 1282 wirtschaftlichen Kämpfe mit 121 598 Beteiligten, wovon unter 12 719 Arbeitnehmer sich befreien, beweisen den Gewerkschaften eine Ausgabe von 5 620 924 M. Zu den bisherigen Statistiken soll die Gründzüge der Streiks in Wörtern angegeben, so daß die Darstellung kein vollständiges Bild von dem Zeitspanne, während die Kämpfe beobachteten. Arbeitnehmer in der Streikbewegung nach der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer, weil nur ein Teil der Streikenden über Arbeitnehmer bis zur Beendigung des Konfliktes ohne Verdienst keine ein großer Teil aber vor Abschluß anderweitige Freigabe erlangt hat. Diese Angaben über den Verlust an Arbeitszeit sind aber bisher noch nicht für alle Streiks gemacht worden. Für 1903 ist der Verlust an Arbeitszeit von 53 763 bis 121 598 an den einzelnen Streiktagen von 2 622 222 und an Arbeitszeitverlust von 7 673 927 M. Für 1259 Streiks und 12 719 Arbeitern war das Resultat am Ende des Jahres bekannt. Von diesen waren 623 = 49,4 Proz. erfolgreich, 29 = 14,1 Proz. teilweise erfolgreich und 350 = 25,5 Proz. erfolglos. Im Jahre 1902 waren von den 812 Streiks 212 Arbeitnehmer, deren Ausgabe bekannt war, 43,6 Proz. erfolgreich, 19,5 Proz. teilweise erfolgreich und 36,9 Proz. erfolglos. Zur Aufzeigung der Kämpfe vor mindestens 1903 schreibt, ob im Vorjahr und auch schreibt er 1903 zum Ende des Jahres 1902. Da diesem Schreibt werden 47,2 Proz. der Streiks erfolgreich, 21 Streiks waren am 1. Januar 1904 nicht beendet.

Zu den 1259 Streiktagen zeigte Angaben hatten einen Verlust an Arbeitszeit von 2 622 222 und an Arbeitszeitverlust von 7 673 927 M. Für 1259 Streiks und 12 719 Arbeitern war das Resultat am Ende des Jahres bekannt. Von diesen waren 623 = 49,4 Proz. erfolgreich, 29 = 14,1 Proz. teilweise erfolgreich und 350 = 25,5 Proz. erfolglos. Im Jahre 1902 waren von den 812 Streiks 212 Arbeitnehmer, deren Ausgabe bekannt war, 43,6 Proz. erfolgreich, 19,5 Proz. teilweise erfolgreich und 36,9 Proz. erfolglos. Zur Aufzeigung der Kämpfe vor mindestens 1903 schreibt, ob im Vorjahr und auch schreibt er 1903 zum Ende des Jahres 1902. Da diesem Schreibt werden 47,2 Proz. der Streiks erfolgreich, 21 Streiks waren am 1. Januar 1904 nicht beendet.

Auf die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe verteilen sich die Streiks und Ausperrungen folgend:

#### Gewerbe:

	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche
		Mitar.	Marl.	Streiks
Bauarbeiter*	9	3705	65121	1 11,1
Baudecker*	10	208	9300	0 0,0
Blauer*	9	140	2087	5 55,5
Walter*	16	2012	48600	3 18,7
Steinmetz*	288	18238	60608	140 62,2
Steinleger*	16	712	18306	8 50,0
Steinläufer*	18	281	3002	11 61,1
Stuhlbauer*	7	1885	37973	5 71,4
Töpfer*	14	1786	203091	7 50,0
Almimer*	92	3616	142192	64 69,6
Nicht beendet	3	49	6675	—
Ausperrungen	43	10882	217563	24 57,1
	504	43603	1476274	874 54,4

	Metallindustrie und Schiffbau:			
Graveure*	4	181	5951	1 25,0
Kunstlerkämiede*	9	83	6740	—
Walfangarbeiter*	34	4506	—	—
Metallarbeiter*	167	14681	1051885	86 51,8
Schiffsmämmerei	1	42	3740	1 100,0
Kämide*	7	213	6839	3 42,8
Werftarbeiter*	—	—	—	—
Nicht beendet	5	142	4137	—
Ausperrungen	13	17483	474058	4 30,8
	199	32799	1554355	96 47,7

	Grafische Gewerbe und Papierindustrie:			
Auchbinden	13	306	23311	3 23,1
Dudodrucker	29	443	—	7 24,1
Dornblätter	1	30	2290	—
Druckgraphen	9	111	7869	3 33,3
Ausperrungen	—	—	—	—
	52	978	33410	13 26,0

	Holzindustrie:			
Widhauer*	18	191	15035	0 50,0
Földer*	11	215	14306	2 18,1
Sohlenarbeiter*	194	5866	311501	114 58,7
Zapizer*	6	590	21513	4 60,8
Bergarbeiter	6	144	5052	2 33,3
Nicht beendet	4	110	2848	—
Ausperrungen	6	462	10666	2 25,0
	247	7557	306351	133 53,8

	Nahrung- und Getränkemittelindustrie:			
Bäder	5	2748	3	60,0
Brauer*	18	407	11383	10 55,5
Kleider*	5	152	667	1 20,0
Konditoren	2	182	1822	1 50,0
Müller*	4	41	1621	2 50,0
Tabakarbeiter	14	340	19325	3 21,4
Zigarettenförderer	3	13	1419	—
Nicht beendet	2	21	1480	—
Ausperrungen	—	—	—	—
	53	1333	40474	20 37,7

	Bekleidungsindustrie:			
Handschuhmacher	1	14	1653	—
Kuttmacher	9	145	1652	4 44,4
Kürschnerei	5	123	1814	4 50,0
Schneider*	9	767	44969	8 88,8
Schuhmacher	40	2839	62872	16 40,0
Nicht beendet	1	81	—	—
Ausperrungen	6	7911	114128	1 16,6
	71	11880	226388	31 43,6

	Die weiteren Streiks entfallen auf folgende Gewerbe:			
Schuhmacher	3	15	—	—
Sergardarbeiter	5	533	1939	2 40,0
Zibitumäbler*	30	2419	166240	13 43,3
Schiffarbeiter*	4	364	1045	1 25,0
Schiffstörtschäfer	1	10	—	—
Glasarbeiter	4	94	10609	2 50,0
Gafenarbeiter*	5	1992	49705	1 33,3
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter*	33	2307	48036	14 42,4
Gussindustrie*	4	242	7348	—
Gedreherarbeiter	6	163	5603	5 83,3
Färberei	1	5	—	—
Porzellanarbeiter*	2	64	9018	1 50,0
Sattler*	10	215	6435	8 80,0
Zettler*	3			

winden. Der Verkauf von Mehl und Brot geschieht nur gegen Barzahlung bzw. gegen Hinterlegung einer Käution und ist im übrigen nach laufmännischen Grundsätzen eingereicht, ohne daß den Ansprüchen an eine öffentliche Verwaltung etwas vergeben wird. Das investierte Kapital beträgt nur 150.000 Lire; lediglich durch die strenge Durchführung des Barzahlungsprinzips war es dennoch möglich, in sieben Monaten einen Umsatz von über 9 Millionen Lire zu erreichen, bzw. 5.779.071 kg Korn zu mahlen und in sechs Monaten 26 Millionen Kilogramm Brot zu backen. Während vorher das Brot ersten Qualitäts für 44 und sogar 48 Cent. pro Kilogramm verkauft wurde, kostet es aus dem Betriebe der Stadtverwaltung nur 30 Cent.; entsprechend ist der Brotpreis für die zweite Qualität auf 28 und für die dritte auf 20 Centesime per Kilogramm in Palermo gefallen. Ferner beträgt heute die Differenz zwischen Korn- und Mehlpriß in Palermo nur 5 Lire, während sie im Durchschnitt der Jahre 1900/1902 8,64 Lire betrug. Seht man den täglichen Bruttumsatz in Palermo auf 100.000 Kilogramm an, so ergibt sich für die Zeit von sechs Monaten eine Ersparnis gegen den Durchschnitt der drei Vorjahre im Betrage von nicht weniger als 996.920 Lire. Dazu kommt für den gleichen Zeitraum und in demselben Verhältnis aus Getreide- und Feingebäckpreisen eine Ersparnis von 932.672 Lire. Der städtische Haushalt hat bei dem Betrieb nichts eingebüßt, er hat vielmehr in sieben Monaten einen Zugang aus Betriebsgewinn im Betrage von 410.000 Lire zu verzeichnen.

## Aus unserem Berufe.

**Pforzheimer Gehilfenverein.** In Nr. 34 führten wir das Machwerk des Bäckergehilfenvereins in Pforzheim unsern Lesern vor Augen. Heute wollen wir einen Bild hinter die Kulissen werfen und das Gebaren der geistreichen Führer unter die Lupe nehmen. Die Vorstandsschaft des Vereinchens schrieb in ihrer Erklärung und Erwidерung von „bezahlten Hexenposteln“, welche nur darauf ausgingen, von den sauer verdienten Groschen ihrer Kollegen ein Schlemmerleben zu führen; ferner, daß sie (die Vereinsbrüder) sich anderen Arbeitern würdig zur Seite stellen können und auf dem Niveau der Zeit stehen.“ Wir nehmen an, dieser Wust von einer Erklärung ist aus der Feder des geistigsten gestossen, welcher bekanntlich der Vorstand sein muß. Er muß es ja doch als Meisterjöchchen verleben und abmessen können, daß das Niveau des Geistes, auf dem er und seine Mitglieder stehen, mindestens so hoch ist, als bei anderen Arbeitern. — Teufel! Vitru hatte aber seine Hand im Spiele! — Testament, wo der „geistreiche“ Bäckermeistersohn, welcher auf den Namen Reichert hört, die Feuerprobe gegen den revolutionären Drachen siegreich bestanden hatte, konnte er die Begriffe „mein und dein“ nicht mehr unterscheiden. Lassen wir darüber den Karlsruher Volksfreund erzählen: „Die Leser des „Volksfreund“ und die Parteigenossen von Pforzheim werden sich noch des Streites erinnern, welchen der „Volksfreund“ mit der Bäckerinnung und dem Bäckergehilfenverein ausgesoditten hat. Es sei insbesondere an die bombastische Erklärung erinnert, welche die Leitung dieses Vereins gegen die Sozialdemokraten losließ, wonach diese Bäckergehilfen ihr Geld sparen wollten und es nicht den sozialdemokratischen Wirkern und Agitatorn in die Taschen zu jagen. Nun ist dem Vorstand dieses Vereins ein Malheur passiert. Er brauchte nämlich Geld, sein Vater, ein ehrkamer Bäckermeister, gab ihm scheint zu wenig. Kurz entschlossen trug er die ganze Vereinstasse zu einem Kassenfabrikanten; „der Schlüssel ist verloren gegangen“, lautete die Auskunft, die er gab. Dem Vranko in seiner Tasche war abgehoben. Als der Kassierer beim Herausnehmen der Kassette aus dem Vereinstasche sich wunderte, daß das Geld drin war, verwunderte der Vorstand sich ebenfalls und schwor mächtig auf den Lumpen, der dies Gaunderstück geleistet. Die Bäder kamen aber nach einiger Zeit auf eine „Idee“. Sie dachten, vielleicht hat eins der Mitglieder die Kasse geplündert, nahmen ihr Vereinsbild und trugen es zum Kassenfabrikanten. !!! Tableau!!! Der Herr Bäckergehilfenvereinsvorstand sitzt jetzt wegen ungerechtfertigter Anzeigung von 70 M im Gefängnis.“ Der junge Handwerksknecht kann nun darüber nachdenken, wie undurchbar heute die Welt ist. Er hätte sicher auf einen Lehn gerechnet, in der Weise wenigstens, daß seine Mitbrüder bei solch kleinem Fehler ein Auge zudrücken und ihn nicht gleich dem Stab überweisen. Wir beneiden unsere Freunde keineswegs um solche „Ehrenämter“. Werdens uns aber auch merken, wenn die Häuplinge derselben uns als die Verbraucher der Arbeitergroschen hinstellen wollen. Wie muß es bei anderen Vereinen aussehen, wo eine regelmäßige Abrechnung über die vereinnahmten Gelder Lupus ist? Es würde sich lohnen, hierüber eine Broschüre herauszugeben, um die Indifferenteren darauf aufmerksam machen zu können. Wann werden diesen Betriebsdilettanten die Augen ausgehen? Wann werden sich die Kollegen nicht mehr von Meistersöhnen an der Nase führen lassen? Hoffen wir, daß nun die Pforzheimer Gehilfenfamilie durch diese Vorkommen zu denken anfangt und sich unseren Freunden anschließt, wo die Gedanken zur Verbesserung unserer Lage Bewegung finden.

Allerlei Zustände in den Bäckereien von Frankfurt a. M. und Umgegend. In der Bäckerei Neß, Herbostraße 13 wurde hartes Mehl, welches übel gerodet und grün und gelb war, verbacken. In der Bäckerei Meißner, Riederweg, ist es ziemlich unheimlich. Die Wände sind sehr beschmutzt, ferner ist außergewöhnlich viel Ungeziefer vorhanden. Zwischen dem Backraum und der Mehlsammler befindet sich ein Wasserabguß, welcher einen pestartigen Gestank von sich gibt. Ursache dieses Gestanks ist, weil dieser Raum besonders vom Meister als Bissolo benutzt wird. Es kam vor, daß durch das Bisch- und Seifenwaschen ungebundene Ware beschmutzt wurde. Dieser so unbrauchbar gewordene Teig wurde zusammen geworfen, mit anderem Teig vermengt und wieder verbacken. Zu wiederholten Malen hat der Meister den Lehrling misshandelt und mit Fäschlagen bedroht. Der Lehrling muß auch überarbeiten. Die Bäckerei Droll, Rödelheimer Landstraße, sieht eher einem Schweinstall als einer Bäckerei ähnlich. Der Schmutz liegt haufenweise unter den Wulzen und in den Ecken. Die Schweinehäute stehen in der Bäckerei, welche einen ziemlichen Gestank von sich geben. Der Backraum spottet aller Beschreibung. Der Bäckermeister Heidinger, Kronprinzenstraße, früherer Vorsitzender der Riederblüte, hat seinen Kollegen geschlagen, sodass er Verletzungen davon trug. Von Gewerbegegericht wurde er deshalb zur Zahlung von 11 Tagen Lohn verurteilt. Außerdem ist Anzeige wegen Körperverletzung gegen ihn erstattet. Der Bäckermeister Müller, Schweißerstraße, hat seinen Kollegen geschlagen und misshandelt, weil er sich täglich 4-5 Brötchen mit nach Hause nahm, welche ihm wohlgerne rührten, außer-

dem sollte er auch Schmalz gestohlen haben, wofür aber kein Beweis zu erbringen war. Dieser Herr verlangte von dem Kollegen 100 M, dann liege er die Sache stecken. Auch dieser mußte am Gewerbegegericht zahlen. Ferner ist Anzeige wegen Körperverletzung und Erpressung gegen ihn erstattet. Die Bäckerei Schwanenhäuser in Griesheim a. M. ist ebenfalls wegen alterlei Unregelmäßigkeiten zur Anzeige gebracht. In der Bäckerei Engler in Griesheim lebt die Kalendertafel und die Verordnung. Wochentags und Sonntags muß Überarbeit geleistet werden. Auch der Bäckermeister Meißner, Bergerstraße, soll Meigung besitzen, seine Leute mit Fäschlagen auszuzahlen. Alle hier angeführten Bäckereien sind der Behörde gemeldet. Den Kollegen von Frankfurt a. M. und Umgegend rufen wir aber zu, hinein in die Organisation, damit derartige Vorkommen unmöglich gemacht werden.

**Guten Appetit!** Nach dem Straubinger Tageblatt wurden die Inhaberinnen der Leigwaren-Fabrik, Josefine Reithmeier und ihre Mutter in München des öfteren angehalten, auf größere Reinlichkeit in ihrer Arbeitsstätte zu achten, jedoch ohne Erfolg. Die Leigwaren wurden im — Schlafzimmer (und da schimpft man sich Fabrik!!) hergestellt und — die Sache kommt noch besser — auf ungemachten Betten getrocknet!! Die beiden Angeklagten wurden vom Schöffengericht zu der äußerst geringen Geldstrafe von 20 M verurteilt.

Doch Reinlichkeit das halbe Leben ist, davon scheint der Bäckermeister Brem in München keine Ahnung zu haben. Denn derselbe wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Unsauberkeit in seinem Betriebe zu 45 M Geldstrafe verurteilt.

## Bericht der Konferenz des 2. Gau (Breslau).

Am Sonntag den 4. September, um 1/2 Uhr mittags, wurde die Konferenz durch den Gauvorsitzenden Kollegen F. Ziegler eröffnet und stellte derselbe fest, daß außer den Delegierten der Mitgliedschaften Breslau, Königshütte und Görlitz auch einige Einzelzähler aus dem Gau erschienen sind. Er heißtte diese sowie die Kollegen der Mitgliedschaft Breslau, die als Gäste anwesend sind, willkommen und nimmt zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes“ das Wort. Er weist darauf hin, daß es die erste Gaukonferenz ist, die in unserem Gau abgehalten wird und gibt ein Bild über die Entwicklung unseres Verbandes im Gau. Man müsse in Betracht ziehen, daß seitens der Innungen und Befördern alles aufgeboten werde, um unsere Bewegung im Keime zu ersticken, doch trotzdem sei es durch unermüdliche Arbeit gelungen, unsere Mitgliedschaften nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen. In vielen Orten des Gaues haben wir schon Einzelzähler sitzen, so daß wir erwarten können, daß wir im nächsten Jahre noch besser vorwärts kommen. Er weist besonders auf die Schwierigkeiten hin, die unserer Bewegung in Oberschlesien gegenüberstanden und meint, mit den Erfolgen könnten wir im Allgemeinen zufrieden sein; weiter hätten wir kommen können, wenn sich noch mehr opferwillige Kollegen in den Dienst unserer guten Sache gestellt haben würden.

Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne und wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes anerkannt.

Hierauf hielt Kollege Mache einen Vortrag über „Arbeiterchutz und Versicherung in Theorie und Praxis“. In seinen Ausführungen zeigte er, daß es Pflicht eines jeden in der Agitation tätigen Kollegen sei, sich in die Arbeiterchutzgesetzgebung immer mehr einzutun, damit uns diese Gesetze auch mal einen Nutzen bringen können. Sein Antrag: „Den Mitgliedschaften wird empfohlen, Schriften sozialpolitischen und wissenschaftlichen Inhalts zu abonnieren“, wird angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Unsere weitere Agitation zur Ausbreitung des Verbandes im Gau“ gabi Kollege F. Ziegler aus Grund der Erfahrungen, die er in der Provinz gemacht, seine Ansicht kund und erläutert, wie es am besten möglich sei, in die Städte des Gaues einzudringen. Er legt besonders viel Wert auf die planmäßige Kleinagitation und hält es für eine unabdingte Pflicht der Mitgliedschaften, zur Schaffung der Mitglieder Diskutierclubs zu errichten. Wenn letztens der Mitglieder sich oft der Wunsch laut wurde, einen besoldeten Gauleiter anzusteuern, so sei ja ohne Weiteres zu erwarten, daß dann eine energische Agitation und nicht nur in Schlesien, sondern auch in der Provinz Posen möglich wäre, doch heißt es da darüber vorzeitig zu Worte gehen, denn die Kostenfrage spielt hier doch die erste Rolle.

In demselben Sinne sprachen sich die Delegierten aus. Kollege Friedmann meint, man solle nicht zu viel Gewicht auf die Anstellung eines Beamten legen, denn der sei auch nur dann wichtig, vorwärts zu kommen, wenn er von den Mitgliedern nach Freiheit untersucht wird. Der Hauptvorstand habe den Plan schon reiflich überlegt und da die Anstellungen der übrigen Gaubeamten nur die besten Ergebnisse gezeigt haben, soll nun auch für den letzten Gau ein Kollege angestellt werden. Aber die Kostenfrage und die praktische Arbeit mache es notwendig, dann den Gau zu vergrößern und es sollen dann die Provinzen Ost- und Westpreußen dem Gau zugewiesen werden.

Nach dem Antrag der Mitgliedschaft Königshütte: „Überstellen von dem Gau abzutrennen und einen besondern Gau zu bilden“, wenden sich sämtliche Redner und halten eine solche Teilung für vertretbar.

Zum nächsten Punkt: „Neuwahl des Gauvorstandes“, wurden die Kollegen F. Ziegler, K. Mache und E. Vogt gewählt.

In seinem Schlusswort richtete Kollege Ziegler an die Delegierten und Mitglieder die Auflösung, nun mit neuen Kräften an die Arbeit zu gehen, allen Kriegshabt zu vermeiden und unermüdlich für die Ziele unseres Verbandes zu wirken und schloß um 6½ Uhr die Konferenz.

## Protokoll der Konferenz des Gau Frankfurt.

Aufgehalten am 11. September zu Homburg v. d. H.)

Kollege Leidig eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis, daß die Verhandlungen zum Nutzen des Verbandes getrieben sollen. Das Bureau wurde besetzt mit den Kollegen Leidig, Schaller und Kießl.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind von 10 Mitgliedschaften 15 Vertreter anwesend, außerdem eine große Anzahl Verbandsmitglieder aus verschiedenen Städten sowie Ullmann vom Hauptvorstand und Leidig vom Gauvorstand.

Zum ersten Punkt führte Kollege Leidig aus, daß im vergangenen Jahre eine ziemlich umfangreiche Agitation betrieben wurde. Es wurden recht schöne Fortschritte gemacht in den einzelnen Mitgliedschaften. Besondere Schmerzenskinder sind Worms, Hanau und Marburg, wo infolge der Vereinsmeierei noch geringe Erfolge zu verzeichnen sind. Verschiedene Umstände veranlassen den Meister,

die Kollegen zu ermahnen, persönliche Neiderei zu unterlassen, die in einzelnen Mitgliedschaften zu Verwirrung Veranlassung geben.

In der Diskussion bestätigt Böslug die Schwierigkeiten in der Agitation; er ist aber mit der Agitation in den einzelnen Städten im allgemeinen einverstanden. Der Kollege Hummel ist bemängelt, daß verschiedene Mitgliedschaften eine eigene Vergnügungsstube führen und wünscht, daß dieselben bei Abrechnungen mit einbezogen werden, da diejenigen doch auch Verbandsgelde seien. Ferner wird kritisiert, daß der Gauvorstand zugleich Vorsitzender der Mitgliedschaft Frankfurt a. M. ist und wird der Wunsch laut, hierin eine Aenderung zu treffen.

Zum dritten Punkt: „Organisation der Agitation“, führt Kollege Leidig aus, daß nicht immer durch großartige Versammlungsarrangierungen Mitglieder gewonnen werden und daher mehr die Kleingeneration zu empfehlen sei. Gleichfalls legt er den Mitgliedschaften ans Herz, den Versuch mit dem Bezirksstaffelerhystem zu machen. Von verschiedenen Delegierten werden Klagen laut über die Schwierigkeiten der Beitragsfassierung. Auch stellen die Vergnügungsvereine dem Verband Schwierigkeiten entgegen, doch sind Anzeichen vorhanden, daß dieselben überwunden werden.

Folgende Resolution findet einstimmige Annahme: „Die Gaukonferenz schließt sich den Ausführungen der einzelnen Redner an und macht es jedem Delegierten zur Pflicht, in der Organisation und Agitation das größtmögliche zu leisten, um auf diesem Wege die Organisation im Gau vorwärts zu bringen.“

Zum dritten Punkt: „Unsere zukünftigen Lehnbewegungen und Streiks“ erstattet Kollege Ullmann-Hamburg das Referat. Demselben schließt sich eine zustimmende Diskussion an.

Über den vierten Punkt: „Die Aufgaben der Gesellenausschüsse“ referiert Kollege Böslug-Darmstadt. Derselbe empfiehlt den Kollegen im gegebenen Falle darauf hinzuwirken, daß nur organisierte Kollegen gewählt werden, die Fähigkeiten besitzen, mit der nötigen Energie die Forderungen der Gehilfen zu vertreten.

Haber und Kaukel messen dieser Einrichtung wenig Wert bei. Hummel und Leidig sehen in den Gesellenausschüssen die gesetzlichen Vertreter der Gehilfen, die jederzeit das Recht haben, an den Beratungen der Innungen teilzunehmen. Folgende Resolution findet einstimmige Annahme: „Die Konferenz macht es den Mitgliedschaften zur Pflicht, bei eventuellen Gesellenauschusswahlen nach besten Kräften dahin zu wirken, daß nur organisierte Kollegen in den Gesellenausschuss gewählt werden.“

Zum fünften Punkt spricht Kollege Leidig und bedauert, daß die Gewerbe-Inspektion noch so wenig in der Lage ist, die Bäckereien zu revidieren. Kollege Ullmann gibt verschiedene Anregungen, wie sich die Kollegen bei Anzeigen zu verhalten haben.

Unter „Verschiedenes“ werden einige Anträge von Mitgliedschaften abgelehnt, während Anträge von Kassel und Höchst sowie Wiesbaden dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen werden. In den Gauvorstand werden Leidig, Trageser, Hölt, Kießl und Horrer gewählt.

Nach einem kurzen Schlusssorte des Kollegen Leidig, wobei er die Kollegen zu eifriger Arbeit ermahnte, sowie einigen Worten des Kollegen Ullmann, Kießler und Schaller wurde die Konferenz geschlossen.

## Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Am 13. September referierte in Breslau in einer öffentlichen Versammlung Kollege Hechthold über das Thema: „Warum haben wir Bäckergehilfen im Kampfe um die Verbesserung unserer Lage mit Gegnern zu rechnen? Wer sind diese? Wie gelangen wir zu unserem Ziel?“ In seinen Ausführungen kritisierte der Redner die Stellungnahme der Bäckermeister gegen den gesetzlich eingeführten Maximalarbeitsstag. Dieses Schlagzeug habe die erbitterte Feindseligkeit der Arbeitgeber gesunden, obgleich der Wert dieser Bestimmungen für die Gehilfen ein ganz minimaler sei, ja in vieler Beziehung einen Nachteil für letztere bedeute. Im übrigen würden nachweislich auch in vielen Fällen diese Bestimmungen garnicht inne gehalten. Redner wendet sich weiter gegen das Innungswesen im Bäckergewerbe, wie auch gegen die sozialpolitische Rückständigkeit, die sich darin geltend mache und geht des Räther ein auf die zum Teil heute noch bestehenden Gehilfenbrüderchaften und die aus diesen hervorgegangenen Vergnügungsvereine, die lediglich dazu dienen sollen, die Gehilfen über ihre traurige Lage hinwegzutäuschen. Trotz der großen Gegnerlichkeit, welche die moderne Organisation des deutschen Bäckergewerbeverbandes durch diese Vereine von einem Teil der Gehilfenfamilie und in erster Linie von den Meistern erzielt haben, sei der Verband in den letzten sechs Jahren doch sehr erstaunt, so daß auch größere Lohnkämpfe, wie der Berliner Bäckerstreik, mit Erfolg geführt werden konnten. Ein wertvoller Faktor bei diesen Lohnkämpfen sei, wie sich auch in Berlin gezeigt habe, die Sympathie der Konsumanten, diese habe man aber nur dann zu erwarten, wenn die Gehilfen selbst einig sind und in ihrer Mehrzahl der Organisation angehören. Wenn die Breslauer Kollegen dieses erkannt haben werden, dann werde man auch hier wieder einmal an eine Lohnbewegung denken können, um die Verhältnisse zu verbessern. Als eine der großen Aufgaben des Verbandes bezeichnete Redner die Bereitstellung der Nachtarbeit; es sei früher ohne diese gegangen und man wird auch heute ohne dieselbe auskommen können. In der anschließenden Diskussion erwähnte Kollege Ziegler eine von Breslauer Bäckereien aufgenommene Statistik, mit der man sich auch in der Versammlung noch näher befassen werde.

Die Freiheitskämpfe in der Nahrungsmittelbranche mit besonderer Berücksichtigung derjenigen im Bäckergewerbe, lautete das Thema einer öffentlichen Bäckerversammlung, die am 12. September in Frankfurt a. M. stattfand und in der Kollege Ullmann-Hamburg referierte. In mehr als einstündigen Ausführungen übte Redner starke Kritik an den Nebelständen, die in der Nahrungsmittelbranche noch vorherrschend sind. Das Kost- und Logistikum, so kann es mit Recht genannt werden, zeitige Auswüchse, die im Interesse der Gehilfen dringend benötigt werden müssen. Auch der Kampf gegen die Beseitigung der kauften Mitgliedschaften in dem Bäcker- und Schlachtergewerbe zeigt deutlich, welche Aufgaben die Organisationen auf diesem Gebiete noch zu erfüllen haben. Obwohl den Behörden und Regierungen durch die Veröffentlichungen, welche die Organisationen vorgenommen, die Mitgliedschaften genügend bekannt seien, wartet man immer noch vergebens auf eine Verordnung, die eine gänzliche Namensmöglichkeit beweist und die Nichtbefolgung der Vorschriften unter Strafe stellt. Redner erwähnt die Erfolge der Bäckergehilfen-Organisation, das

steige Anwachsen ihrer Mitgliederzahl und erinnerte an die Kämpfe, die gegenwärtig in Berlin, Kiel und anderwärts führen, deren bisheriger Verlauf zeige, daß die Herren Bädergehilfen wohlweislich mit der Gehülfenorganisation zu rechnen haben und bei deren immer mehr sich ausdehnenden Stärke und rücksichtlosem Vorgehen es kaum schwierig ist, Forderungen durchzusetzen. Gerade der schwächliche Kampf in Berlin bestätige, daß die Macht der Organisation eine gewaltige ist, wenn auch das konsumierende Publikum ihr die Unterstützung zu Teil werden läßt. Die Verzweiflung der Herren Bädermeister ginge sogar so weit, wie das Beispiel in Kiel gehe, daß sie bei Bauschließungen bezw. Veröffentlichungen, Schadenerlahaften sprüche geltend machen. Auf die Lohnbewegung in Frankfurt eingehend, bat Ullmann, unerhört den Kampf zu führen und nicht nachzulassen, bis die gerechten Forderungen der Bädergehilfen erfüllt seien. Nicht allein am Erte, sondern auch in anderen Städten ständen schwere Kämpfe bevor, und es würden die Reibungen des Verbandes zum Nutzen der Allgemeinheit die Sympathie des ganzen Publikums allerorts erwecken, sodaß die Organisation gefügt auf ihre Größe und Stärke, dem da kommenden ruhig entgegenstehen könne. Nach einem fröhlichen Schlusshort des Gauleiters Genossen Leidig und Aufrufung an Djenigen, die noch nicht Mitglieder des Verbandes seien, eiligt das Versäumte nachzuholen, erreichte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Am 6. September fand in Leipzig eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Heschold - Berlin hielt einen Vortrag über: "Berliner und Leipziger Bäderverhältnisse". Er schilderte die traurige Lage der Bädergehilfen im allgemeinen und die Leipziger Verhältnisse im besonderen. Er verwies auf den Bericht des Rates der Stadt Leipzig, in dem verschiedene Missstände, hauptsächlich über die Schloßdörfer und Arbeitsräume, festgestellt wurden. Er betont dann ferner, daß es nur mit Hilfe einer guten Organisation möglich sei, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, wie die Berliner Kollegen es bewiesen haben und forderte die Versammelten auf, sich dem Verbande anzuschließen. In der Diskussion werden noch verschiedene Missstände vorgebracht und auch gezeigt, nur organisierte Kollegen in den Gesellenausschuß zu wählen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die am 6. September im 'Saracouci' tagende öffentliche Versammlung der Bädergehilfen Leipzigs und Umgegend rückt an den wahlbaren Rat der Stadt Leipzig das Früchten, im Interesse der konsumierenden Bevölkerung sowie in gewundertlichem Interesse der Bädergehilfen, Bäderchristen über Reinlichkeit und Ordnung in den Bäderen zu erlassen. Der Revisionsbericht des Rates der Stadt Leipzig über die Bäderen veranlaßt die Versammlung, vor allen Dingen gleiche Vorrichtungen zu verlangen, wie dies der Rat der Stadt Dresden seit dem 1. Januar 1904 eingeführt hat."

In Leipzig fand am 15. September die Wahl zweier Vertreter sowie zweier Freiäule zum Gesellenausschuß statt. Zurück zu dieser Versammlung hatten nur großjährige, bei einem Fämmungsmeister beschäftigte Bädergehilfen. Herr Obermeister Simon als Leiter der Versammlung begrüßte die Anwesenden unter den üblichen Segenswünschen für das ehrbare Handwerk. Gleichzeitig aber sein Witzstellen ansprechend darüber, daß man von Seiten der Organisation es gewagt hatte, ein Flugblatt zu verteilen am Eingange zum Versammlungsslokal, worin dieses hand-in-hand gehen mit dem Fämmungsvorstande verurteilt wurde und der ausscheidende Gesellenausschuß nur als Stütze der Fämmung ohne alle Rechte bezeichnet wurde. Dem Herrn Obermeister wäre es gleichgültig, wer an diesem Ereignis beteiligt würde. Die Wahl selbst war gegen früher eine sehr rege. Die Auswählenden machten von ihrem Stimmrecht ausgiebig Gebrauch und wählten die von der Versammlung am 25. August vorangegangenen Kollegen. Die Brüderhöfster und ionigen Schreinerväter der Fämmung, hatten eigene Kandidaten aufgestellt. Aus der Urne gingen die in der öffentlichen Versammlung vorgeschlagenen Kollegen mit 167-91 Stimmen als Sieger hervor. Die Brüderhöfster brachten es nur auf 55 Stimmen für einen ihrer Kandidaten. Die Auseinandersetzung zur Organisation schient hier bei den Leipziger Kollegen immer mehr Parabel zu spielen, hoffen wir, daß es bald endet, denn die Leipziger Verhältnisse sind tiefschwarz und eine Besserung notwendig. Das Verhalten des Gesellenausschusses in der Versammlung am 24. August hat keine Rücksicht getragen und die Kollegen haben ihm den wohlverdiensten Zuspruch verabreicht.

Eine allgemeine Bädergehilfenversammlung fand am 15. September im "Goldschlüssel zum goldenen Hahn" in Würzburg statt, in der die hohe Fämmung, der Gesellenausschuß, kleine Tischgelehrte seit Mai vorigen Jahres geben mußte. Alljährlie Arbeit eröffnete die Versammlung zu einem Begrüßungsvortrag über 100 Gebäude waren anwesend und erzielte dem Sprechführer zur Protokollserledigung des Vorstandes. Dieser betonte nun, daß er leider vom vergangenen Jahre keinen Bericht abführen kann, da ihm kein Protokollbuch zur Verfügung stand. Es feien aus diesem Grunde nur die Brüderhöfster vom laufenden Jahre vorhanden, die er nun, drei an der Zahl, zur Verleitung brachte. Die Brüderhöfster, "Gute Bier und Schätzchen" der Leipziger führte einige Worte der Freiminde und der langen Arbeitssachen der Leipziger. Wütigste Wörter glaubte man, der Gehülfenausschuß habe gesagt, was in diesen Kreisen stand (?) und werde dies auch in Zukunft tun; daß Beste wäre das gute Einvernehmen, der Friede zwischen Meistern und Gelehrten. Er erinnerte nun eine lange Zeit vor über das Häuschen, wo er dem Kollegen Gis zur Ergründung des großen Berichtes des Vorstandes erfuhr. Derselbe bemängelte die in idemate Unterstützung der Mitglieder in den verschiedenen Punkten und berührte zu gleicher Zeit als Vorstand des Verbandes eben dasselbe. Dies leisen Ausführungen war zu vernehmen, daß alles in besserer Ordnung vorzubringen wurde, auch über das Sprechwesen seien keine Regelungen eingezogen. Waren aber solche vorhanden, so sollte man ihm dieselben berichten, damit Abhilfe gefunden werden könnte. In einer weiteren Ansprache forderte er noch das Lehrgangsseminar sowie Berichtigungen über die Fämmung und Lebensbedürfnisse der kleinen Fämm. Der Sprechführer legte die Freiheit der Lehrgänge fest, der es dieser zu gut gehe. Alljährlie Arbeit steht an den Ausführungen des Kollegen Gis und steht es, daß er genau, was er konnte, mit einem Brüderhöfster erfuhr, er hat nicht, er bei Geschäftszimmer zu Stellen der Lehrgänge ist nur baron für jährlich zu zahlen. Der Sprechführer hoben 112-15 Stimmen auf, daß er auf Berichtigungen! 2. B. als weiterer Meister führt zur kleinen Fämmung das Wort. Derselbe kam auf zahlreiche Anfragen zurück; er schmiedete ihrer die

Interesslosigkeit eines der Gehülfenausschusmitglieder, das immer bei den Sitzungen fehle. In keinen weiteren Ausführungen kritisierte er das Dienstamt Scharnbergers in der Handwerkskammer; er zerlegte die große Lehrlingszüchterei und beprach die große Arbeitslosigkeit unter den Kollegen sowie das Verschwinden der Kleinbetriebe. Ferner führte er den Kollegen vor Augen, wie schwer es unter den heutigen Verhältnissen gehe, selbständig zu werden und forderte die Kollegen zu besserem Zusammenhalt auf. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heutige im 'Goldschlüssel zum goldenen Hahn' versammelten Bädergehilfen nehmen Kenntnis von der übergroßen Lehrlingszüchterei und sind alle darin einig, daß das kommende Frühjahr die ländliche Bevölkerung durch Flugblätter genügend aufzuklären ist, um eine Enddämmerung der Lehrlingszüchterei herbeizuführen." Kollege Frank ersuchte die Kollegen, in der Versammlung am 29. September recht zahlreich zu erscheinen. Der Altkollege Dieter meinte nun, daß er aus der ganzen Versammlung ersehen, daß der Ausschuß für seine Tätigkeit keine Vorbeeren geerntet habe, trotz der großen Mühe, die er sich gegeben habe. — D. die verdammten Mörger, wären die bloß nicht!

## Genossenschaftliches.

Der Greiswalder Konsum- und Produktiv-Verein berichtet über sein achtes Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl stieg von 583 auf 619, der Umsatz von 113 997 M. auf 123 950 M. der Durchschnittsumsatz demnach von 196 M. auf 200 M. Die Großinklans-Gesellschaft lieferte für 12 700 M. Waren, das sind 10 Prozent des Gesamtaufwandes. Die Einführung der Weißbrotbäckerei war in der Herbstgeneralversammlung beschlossen worden. Dieser Beschluss rief bei den Gegnern des Vereines eine hochgradige Erregung hervor. Doch ohne weitere Rücksicht darauf zu nehmen, wurde der Beflugs durchgeführt und verschiedene Maschinen und Geräteteile, darunter ein zweipferdiges Gasmotor, eine Teigmetzgsmaschine und eine Teigmehlmashine angekauft. Der Umsatz in der Bäckerei befußte sich auf 38 478 M. Die stetige Zunahme der Bäckerei legt der Verwaltung die Pflicht auf, an eine Vergrößerung der Anlagen zu denken und die Zustimmung zur Anstellung eines zweiten Bäckers einzuholen.

Der Konsumverein "Selbsthilfe" zu Heinrichs hat im seinem zwölften Geschäftsjahr eine Erhöhung seines Umtaktes zu verzeichnen von 126 595 M. auf 137 147 M. die Mitgliederzahl stieg von 377 auf 395, der Durchschnittsumsatz demnach von 336 M. auf 347 M. Bereitgestellt wurden in der Bäckerei 47 802 Brote zu 50 S. und 203 092 Semmeln zu 2½ S. Der Reingewinn in der Bäckerei betrug 4720 M.

## Anzeigen.

### Central-Kranken- und Sterbekasse der Bäderortliche Verwaltungsstelle Elberfeld

Samstag, 1. Oktober, Abends 8 Uhr

### Mitglieder - Versammlung

im Lokale des Herrn Alex. Jungholz, Neustr. 12.

Zugesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig. 2. Die gegenwärtige Lage und unsere nächsten Aufgaben in der diesigen Verwaltungsstelle. 3. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen erucht

M. 450]

Die Ortsverwaltung.

### Mitgliedschaft Hamburg

Sonntag, 25. September, Nachmittags 2½ Uhr,

### Versammlung

in der "Lessinghalle", Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Antrag der Fortbildungvereine. 2. Anträge zur Gaulkonferenz und Wahl der Delegierten. 3. Der Bierboykott. 4. Abrechnung vom Vergnügen. 5. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

M. 260]

Der Vorstand.

## ELBERFELD.

Wo treffen sich die Bäcker Elberfelds?

Zu der Restauration von Ww. Carl Elberding, Betreter: Albert Cronenberg, Hochstraße 74.

Gute Biere. — Billard. — Reine Klaren.

Gesellschaftszimmer mit Piano zur ges. Benutzung.

## Vater Jahn,

Leipzig-Leutzsch, Lindenauerstrasse 34, empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten allen Kollegen. Restaurant, Gesellschaftszimmer, Garten, Saal und Kegelbahn.

M. 3.-]

E. Schinnerling.

## Köln a. Rh.

Wo treffen sich die Bäcker Köln's?

Zu der Restauration von Const. Haas, Betriebsslokal — Schaatenstr. 45. — Betriebslokal.

M. 3.-] Billige schöne Logis im Hause.

Zur Anfertigung von  
Herren-Anzügen nach Maß

mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preislage empfiehlt sich allen Münchener Bäckergehilfen

G. Preys, Schneidermeister, Geeststr. 20.

## Allen Dresdener Bäckergehilfen

empfiehlt sein freundliches, neu renoviertes Restaurant mit Billard. Gute Speisen und Getränke zu jeder Tagezeit. Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag großer Bäckerverkehr.

M. 3.-]

August Heinrich,

Restaurant zur "Klosterröhre", Lüttengasse.

### Versammlungs-Anzeiger.

Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-Berl. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwabengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Berlin (Bezirk Mitte). Mitgli.-Berl. Dienstag, den 27. Sept., Nachm. 3½ Uhr, bei Preßler, Betschstr. 69. Berlin. Jeden Donnerstag Nachm. 1½ Uhr, Diskutierstunde im Restaurant Paul, Dragonerstr. 15.

Bielefeld. Mitgli.-Berl. Dienstag, 27. September, Abends 8 Uhr in der Centralhalle, Kaiser Wilhelmplatz.

Brandenburg. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Okt., Nachm. 3½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wollenweberstr. 3.

Braunschweig. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Okt., Nachmittags 3½ Uhr, in "Stadt Brandenburg", Auguststr. 12.

Cassel. Mitgli.-Berl. Donnerstag, den 6. Oktober, bei Kiemen Schneider, Schäfergasse 14.

Cöln a. Rh. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 28. September, bei Haas, Schaeferstr. 45.

Crimmitschau. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Okt., Nachm. 3 Uhr, in der "Centralherberge".

Danzig. Mitgli.-Berl. Donnerstag, den 6. Oktober, bei Schatz, Fischmarkt 6.

Düsseldorf. Mitgli.-Berl. Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 2½ Uhr, bei Wolters, Breitestr. 15.

Eberswalde. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Oktober, bei Fischer, Süderstr. 6.

Erlangen. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachm. 2½ Uhr, im Volkshaus, Hochstr. 82.

Elmshorn. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachmittags 3 Uhr bei Meyer, Flammweg 26.

Essen. (Ruhr.) Mitgli.-Berl. Sonntag, den 2. Oktober, Limbeckerstr. 31.

Frankfurt a. M. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 6. Oktober, Nachm. 3 Uhr, in "Stadt Berlin", Limbeckerstr. 31.

Görlitz. Mitgli.-Berl. Donnerstag, den 6. Oktober, im "Goldnen Kreuz", Langenstr. 43.

Götha. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Okt., im Restaurant "Reichsfahne", Al. Fahnenstr.

Halle a. S. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Okt., Nachm. 2 Uhr, im Weizen Ros, Geiststr. 5.

Hamburg. Mitgli.-Berl. Sonntag, 25. Oktober, Nachm. 2½ Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Hannover. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Calenbergerstr. 32.

Harburg. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 6. Oktober, Nachm. 6 Uhr, bei Lüsenhoff, 1. Bergstr. 7.

Hennigsdorf a. H. Mitgli.-Berl. Sonntag, 25. September, bei Gastwirt Wolter.

Homburg v. d. H. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Oktober, Abends 8 Uhr, im "Bayerischen Hof".

Jena. Mitgli.-Berl. Sonntag, 25. Sept., Nachmittags 5 Uhr, im Vereinshaus "Solidarität".

Kattowitz. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 6. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Rathausstr. 12.

Kiel. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachm. 4 Uhr, bei Schröder, Am Markt.

Königsberg i. Pr. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant Wolf, Polnischestr. 6.

Königsberg i. S. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im Rest. "Neue Sorge", Brösennerstr.

Lübeck. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Okt., Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannesstr. 50.

Ludwigshafen. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 6. Oktober, Nachm. 3 Uhr, bei Liebler, Wredestr. 33.

Nürnberg. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Oktober, Nachm. 4½ Uhr, in der Lambertiiblerhalle.

Lucern. Berl. jeden 2. Sonntag im Monat im Verkehrslokal.

Mannheim. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 29. September, Nachm. 3 Uhr, in der Karlsruher Bierhalle, G. 3, 4.

Meswil. Mitgli.-Berl. Sonntag, 2. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, bei Kellermann, Blönerstr. 7.

Nürnberg. Mitgli.-Berl. Mittwoch, 5. Oktober, Nachm. 5½ Uhr, im "Goldenen Löwen", Döschmannsplatz.

Neustadt a. H. Zusammenkunft der Mitglieder jeden Donnerstag Nachmittag im Gasthaus zum Schiff, Rathausgasse.

Offenbach a. M. Mitgli.-Berl. Dienstag, 4. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Verbandslokal "Zum Storch".

Pirmasens. Mitgli.-Berl. Donnerstag, 6. Oktober, im Gasthaus "Zur Wacht am Rhein", Horebstraße.

Regensburg. Mitgli.-Berl. Dienstag, 4. Oktober, Nachmittags 3 Uhr,

## Der erste Verbandstag des österreichischen Bäckerverbandes.

Unser Brüderverband in Österreich hielt am 28. und 29. August in Wien seinen ersten Verbandstag ab. Obwohl unsere österreichischen Verbandskollegen kaum zwei Jahre der Gründung ihres Verbandes hinter sich haben, konnte auf dem Verbandstage mit freudiger Genugtuung konstatiert werden, daß der junge Verband auf sehr erfreuliche Fortschritte in der Ausbreitung der Organisation zurückblicken kann. Die Mitgliederzahl von 2095 nach Schluss des ersten Geschäftsquartals am 31. Dezember 1902 ist gestiegen auf 5181 Mitglieder am 30. Juni 1904, hat sich also in 1½ Jahren mehr als verdoppelt. Mit einer solchen Schar von Kämpfern und gestützt auf gut fundierte Kassen konnte es der Verband auch wagen, neben der eingeführten Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Notunterstützung für seine Mitglieder Forderungen für Verbesserungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu stellen und in Lohnbewegungen einzutreten, die an sämtlichen Kampfparteien mit einer einzigen Ausnahme äußerst günstig und erfolgreich verliefen und sich den Erfolgen der Bäckereiarbeiter Deutschlands würdig zur Seite stellen können. Und um in der Agitation und Ausbreitung des Verbandes weiter vorwärts zu schreiten, die Unterstützungsseinrichtungen auszubauen und die Erfahrungen bei den Lohnbewegungen auszutauschen, widmete man fast ausschließlich die Stunden des Verbandstages. Die Verhandlungen wurden vom Obmann Rychlinsk eröffnet mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl einer Mandats- und Antragsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Vorstandes, b) des Schiedsgerichts, c) der Kontrolle.
3. Der organisatorische Ausbau des Verbandes.
4. Festsetzung der Unterstützungen: a) Arbeitslosen-, Gemahrgeld-, Reise- und Hinterbliebenenunterstützung, b) Krankenunterstützung.
5. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages.
6. Fachpresse.
7. Entwurf eines Gesetzes über einen Maximalarbeitsstag und Beseitigung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.
8. Der Kampf um unsere Sonntagserholung.
9. Unsere Lohnbewegungen.
10. Neuwahl: a) des Vorstandes, b) des Schiedsgerichts, c) der Kontrolle.
11. Anträge und Anfragen, die in den obigen Punkten nicht enthalten sind.

Die Verlesung der Präsenzliste ergab die statliche Anzahl von 49 anwesenden Delegierten, deren Mandate auf Antrag der Mandatprüfungskommission für gültig erklärt wurden. Außerdem waren anwesend von der österreichischen Gewerkschaftskommission Joh. Smitska, vom Verband der Lebensmittelarbeiter in Prag Herd, Jirasek als Vertreter des deutschen Verbandes Kollege Friedmann aus Hamburg.

Neben der Mandatprüfungskommission wurde auch eine Kommission zur Antragsprüfung gewählt, die alle gestellten Anträge vorläufig durchzuprüfen und dem Plenum entsprechende Vorschläge zu machen hatte.

Den Vorstandsbereich erörterte Gen. Silberer: Der Vorstand hielt in der Berichtsperiode, das ist vom 1. Oktober 1902 bis 30. Juni 1904 55 Sitzungen ab, die hauptsächlich dem Ausbau des Verbandes gewidmet waren.

Es mußten die Organisationen zusammengeführt werden in ein Ganzes, erst dann konnte man an die Ausbreitung des Verbandes in neue Gebiete schreiten. Es zeigt sich der Erfolg dieser Tätigkeit sowohl in der günstigen Finanzlage des Verbandes als auch in der starken Vermehrung der Mitglieder.

Es bestehen 67 Mitgliedschaften. Von 41 neu gegründeten Mitgliedschaften (die übrigen sind Umbildungen bestehender Organisationen) sind 9 wieder eingegangen, 32 sind erhalten geblieben. Die größte Zunahme an Mitgliedern erfolgte in Wien gelegentlich der Lohnbewegung im Frühjahr 1904.

Die agitatorische Tätigkeit des Verbandes galt in erster Linie der Verteidigung unserer Sonntag- und Erholungszeit; auch mit der Abschaffung der Nachtarbeit beschäftigte sich der Vorstand, worüber noch gesprochen wird bei dem diesbezüglichen Punkte.

Die Führung der Arbeitsvermittlung im großen Stil ist vorderhand nicht möglich. Sie wird ja geführt, aber das Projekt war, die „Städtische“ Fahrmazalegen, das sich als nicht realisierbar erwiesen hat. Wir haben bei der Lohnbewegung die Arbeitslosen im Pola „Zar roten Preke“ in Linz konzentriert, wo etwas über 200 beisammen waren. Nun ist es aber bekannt, daß in Wien momentens 1500 Bäckerhäusern arbeitslos sind, man weiß sogar von 2000, wir hatten also kaum ein Drittel zusammengebracht. Und obwohl das Vermitteln weder an der „Städtischen“, noch bei uns betrieben wurde, und während der Bewegung über 400 Arbeitsvermittlungen bei der Krankenkasse gemeldet worden! Es müssen also viele Gedanken im Wege der „Maberei“ vermittelt werden sein.

Es wurden weiter Delegierte in die einzelnen Orte zu Versammlungen gesendet und die Agitation durch gelegentliche Flugblätter gefördert.

Der Kassenbericht, welcher ebenfalls vom Gen. Silberer gegeben wird, weist eine Einnahme von 139.332.28 Kronen an, darunter sind enthalten 10.831.77 Kr. Kassarente von ausländischen Landesvereinen. Die Ausgabe beträgt 129.335.57 Kr., davon entfallen 20.616.16 Kr. auf Arbeitslosenunterstützung und 11.196.— Kr. auf Krankenunterstützung. Außer dem Verbestand von 12.365.71 Kr. befindet der Verband Wertpapiere im Nennwert von 14.352.— Kr., bezeichnet sich demnach das Gesamtvolumen auf 26.717.71 Kr.

Die Kasse der „Bäckerzeitung“, die besonders geschildert wird, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 17.892.63 Kr. ab und verfügt über ein Vermögen von 55.075.78 Kr.

Der Verband verfügt außerdem über einen namhaften Reservefonds, aus dem die Kosten der Lohnbewegungen gedeckt werden. Trotz der vielen Lohnbewegungen wurde der Reservefonds nicht allzuviel in Anspruch genommen. Die Kosten der Wiener Lohnbewegung von 425.44 Kr. wurden zum großen Teile durch frei-

willige Sammlungen ausgebracht. Die Ortsgruppe Linz erhielt von der Zentrale 2350 Kr. Streifzuschuß, hat aber bis zum Verbandstag noch keine Streifabrechnung geliefert. Der Salzburger Streik kostete dem Verband 989.96 Kr., außerdem brachte die Ortsgruppe 127.75 Kr. selbst auf.

Vom Gen. Silberer wird noch über die sich häufenden Mandatserbeiten erzählt. Die beiden Verbandsbeamten haben die Wiener Lokalangelegenheiten mit zu erledigen und war es daher unmöglich, sich den auswärtigen Ortsgruppen zu widmen, wie es erforderlich gewesen wäre. Um die Aufstellung eines dritten Beamten zu sparen, wurden die Arbeiten in der Kanzlei durch Einführung der Abführlisten vereinfacht; leider werden aber von einer Reihe Ortsgruppen die Instruktionen nicht befolgt und dadurch den Verbandsbeamten die Arbeit wieder erschwert. Redner hofft, daß die Ortsgruppenfunktionäre die Arbeiten des Vorstandes fördern helfen und so den Verband auf die entsprechende Höhe bringen, daß er zum Wohle der Bäckerarbeiter und der Gesamtarbeiterchaft fruchtbringend wirken kann.

Gen. Valentinitisch (Linz) bemerkte, er habe acht Tage nach dem Streik mit der Ortsgruppenleitung abgerechnet und es sei eine Laiheit der letzteren, daß sie noch nicht abgerechnet hat. Das verdiente eine Stütze.

Für das Schiedsgericht berichtet Gen. Fischl, daß es 18 Sitzungen abhielt und bis auf einen Fall alle übrigen friedlich verliegten. Bei dem einen Fall wurde der Kläger abgewiesen, weil er den Bekleidiger provozierte.

Gen. Wimmer für die Kontrolle: Die Kontrolle hatte ungemein schwierige Arbeit, weil die Akten des Verbandes sich vermehrt haben und viele Ortsgruppen es unterlassen, Belege einzusenden. Selbst unserem Ersuchen darum wurde nicht entsprochen, namentlich seitens der Provinzgenossen.

Die Kontrolle hat einmal eine Kassenrevision vorgenommen und Bücher wie Belege in Ordnung befunden. Knapp vor dem Verbandstag wollten wir neuerdings eine Prüfung vornehmen, doch war es infolge Einberufung des Sekretärs Zipper zur Waffenübung nicht möglich. Ich beantrage, dem Vorstand wie den Sekretären für ihre Tätigkeit das Absolutorium zu erteilen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkt „organisatorischer Ausbau des Verbandes“ referierte Gen. Tobola. Er bespricht die Form der heutigen Organisation, deren Leistungen und agitatorische Kraft, die sprachlichen und andere Hindernisse, die zu überwinden heute schon teilweise gelungen ist und die gewiß mit der fortschreitenden Entwicklung des Verbandes gänzlich befeiligt werden. Zum Schluß empfiehlt der Referent folgende Resolution zur Annahme:

„Der Verbandstag ist von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Zentralorganisationssorm überzeugt, deren erzielte Erfolge den besten Beweis ihrer Zugkraft und Bedeutung bieten, und hofft, daß die noch wenigen bestehenden selbständigen Bäckerorganisationen Österreichs sich möglichst bald durch Umbildung in Ortsgruppen des Verbandes demselben anschließen. Dies gänzlich von den zwei Schwesterorganisationen in Prag, Sachsenland und Verband der Lebensmittelarbeiter Österreichs.“

Der Verband der Bäckerarbeiter Österreichs wird bestrebt sein, durch inneren Ausbau der bestehenden und Einführung neuer Unterstützungsziele, Ausgestaltung der Agitation unter Mithilfe der Gewerkschaftskommission und Abschließen von Gegenseitigkeitsverträgen mit den Organisationen des Auslandes, sowie durch Förderung der auf materielle Besserstellung abzielenden Arbeiterbewegung, seinen Mitgliedern alle jene Vorteile zu bieten, die man von einer modernen Arbeiterorganisation beanspruchen kann, um als Arbeiter in dem schwierigen Kampfe ums Dasein eine Stütze zu haben und sich für die Erfüllung der geschicklichen Aufgabe des Arbeiterslandes heranbildung zu können.

In Anbetracht der wachsenden Arbeiten im Sekretariat durch die Ausbreitung des Verbandes wird der Verbandsvorstand beauftragt, einen dritten Beamten anzustellen.“

Gen. Jirasek (Prag) präzisiert die Stellung der tschechischen Organisationen zum Verband und erläutert die Schwierigkeiten, die sich der auch von ihnen für zweckmäßig erachteten Verbindung mit dem Reichsverband entgegenstellen.

Kollege Friedmann aus Deutschland begrüßt die Versammlung und beglückwünscht den österreichischen Brüderverband zu seinen gewaltigen Erfolgen, die den Kollegen in Deutschland nicht so billig zu erringen möglich war. Er spricht die Überzeugung aus, daß die beiden Organisationen stets im besten Einvernehmen zum Wohle der Bäckerarbeiter tätig sein werden.

Im Namen der Gewerkschaftskommission begrüßt den Verbandstag Gen. Smitska.

Hieraus entpinnt sich über den dritten Punkt eine umfangreiche Diskussion, an der sich die Delegierten von Wien, Graz, Leibnitz, Klagenfurt lebhaft beteiligen. Nach einem Schlusssatz des Referenten wird die von demselben beantragte Resolution auf Empfehlung der Antragskommission angenommen. Desgleichen wird einem Antrag der Zahlstelle Hall in auf halbjährige Agitationsszenen zugeschimmt mit Streichung des „halbjährig“, hingegen ein Antrag der Ortsgruppe Pola: „Der Vereinsversammlung hat ein vom Verbandsvorstande entsender Delegierter beizutragen, der womöglich die Handlungssprache der Ortsgruppe versteht. Die Artikel in der Zeitung sollen in der Sprache des Ortes erscheinen“, abgelehnt.

Sodann wird zum vierten Punkt der Tagesordnung: „Festsetzung der Unterstützungen“ geschritten.

Gen. Silberer führt das Referat und befürwortet eine weitere Ausgestaltung des Unterstützungsweises durch Schaffung einer neuen III. Klasse. Er halte auch die Invalidenunterstützung für durchführbar; diese ist eine alte Forderung der Bäckerarbeiter und besitzt Popularität. Wenn die Grazer auf die ihrige nicht gut zu sprechen sind, so ist es begreiflich, da sie hierfür keine Beiträge einbeziehen, sondern nur die Rinten des seinerzeit angelegten Kapitals verteilen; damit kann man natürlich wenig ausrichten. Doch wollen wir es heute nicht weiter verfolgen, auch ich bin überzeugt, daß die Mitglieder für die Gegenwart mehr Interesse besitzen, und deshalb beantrage ich der Vorstand,

dass eine neue Klasse geschaffen werde, bei der die Unterstützungen erhöht werden und deren Dauer verlängert wird. Erst später wollen wir auch die Invalidenunterstützung einführen.

Diese neue III. Klasse soll freiwillig sein. Es sollen ihr alle jene angehören, die Wert legen auf eine höhere Unterstützung. Wir sehen, daß die Leute dafür Verständnis haben. Unsere I. Klasse hat sich glänzend bewährt. Es gehören ihr bereits 73 Prozent der Mitglieder an und sie wird jedes Sitzes noch eine größere Stabilität haben, weil die Mitglieder die bedeutenden Vorteile nicht leicht wieder fahren lassen, wie es sonst der Fall wäre, wenn ihnen nicht so viel geboten würde. Wir können für einen verhältnismäßig geringen Zuschlag eine nachhaltige Steigerung der Unterstützungen vornehmen, weil die Verwaltungsauslagen dadurch nicht gesiegert werden, also dieser Zuschlag rein für die Unterstützungen verwendet werden kann. Wir stellen also den Antrag:

Es wird eine III. Klasse eingeführt.

In dieser Klasse wird an Unterstützungen gewährt: Krankenunterstützung pro Tag 1.50 Kr. durch 15 resp. 30 Wochen.

Arbeitslosenunterstützung pro Tag 1.50 Kr. durch 10 resp. 13 Wochen.

Gemahregeltenunterstützung pro Tag 1.50 Kr. durch 12 resp. 15 Wochen (exklusive 2 Kr. Zusatz aus dem Steuerbefonds).

Reiseunterstützung pro Tag 1.50 Kr. durch 10 resp. 13 Wochen.

Hinterbliebenenunterstützung nach 52 auf Arbeitswochen entfallenden Beiträgen 60 Kr.

Hinterbliebenenunterstützung nach 260 auf Arbeitswochen entfallenden Beiträgen 100 Kr.

Der Eintritt in diese Klasse ist ein freiwilliger.

Dementsprechend werden auch Änderungen der Geschäftsordnung vorzunehmen sein, worüber Ihnen gleichfalls die Anträge schriftlich vorliegen. Namentlich soll die Wartefrist bei der Arbeitslosenunterstützung herabgemindert werden, und zwar soll sie in Wien 21, in den Provinzhauptstädten 14, in den übrigen Orten 7 Tage betragen. Damit ist auch den Anträgen der Ortsgruppen Wien XII und Innsbruck teilweise Rechnung getragen; eine stärkere Herabminderung wäre nicht zu empfehlen, ebenso wie man dem Antrag dieser Ortsgruppen auf Erhöhung der Unterstützungen nicht zustimmen kann, weil man ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge bald leere Hassen hätte.

Wenn die Extrasteuer obligatorisch eingeführt wird, kann dann ein erhöhter Zuschuß zur Gemahregeltenunterstützung gegeben werden, so daß nach 52 Wochenbeiträgen durch 12 Wochen täglich 3.50 Kr. in der III. Klasse gezahlt werden könnten. Das würde gewiß unsere Kollegen dazu bewegen, sich in den Werkstätten besser dafür einzufügen, daß die Arbeitsverhältnisse gebessert, die Forderungen der Organisation durchgesetzt werden.

Über die Unterstützungsseinrichtungen wird ausgiebig debattiert, und sprechen sich die einzelnen Delegierten teils für, teils gegen das Vorstandprojekt aus. Die Vertreter von Linz, Salzburg und Wien (9. Bezirk) erklären, bestreit zu sein, gegen jede Beitragserhöhung zu stimmen.

Nach beendeter Debatte berichtet die Antragskommission, keinen Bericht über die zu diesem Punkte eingebrachten Anträge erstatten zu können, weil sie mit dem nächsten Punkt 5. Festsetzung der Beiträge, zusammenhängen und daher beide Punkte unter einem zur Erledigung kommen sollen.

Der Vorsitzende erörterte deshalb dem Gen. Silberer zum Referat über diesen Punkt das Wort. Der selbe führt aus: Die Berechnung der Beiträge der III. Klasse ist folgende: Die Krankenunterstützung beansprucht heute von jedem Beitrag 9.5 Heller, 16 H. werden gezahlt, es bleibt also ein Überschuss von 6.5 H. jedes Beitrages. Das ist gewiß sehr günstig, aber es ist zu berücksichtigen, daß dieser Betrag noch jung ist und Mitglieder mit höheren Ansprüchen, wie sie mit der Mitgliedschaftsdauer erwachsen, erst in geringer Zahl hat. Je mehr die Mitglieder stabilisiert werden, desto mehr werden dann Unterstützungen zu zahlen sein.

Wird nun die Unterhaltung um die Hälfte erhöht, könnte man mit 8 H. detauschen. Aber es soll auch eine Verlängerung der Dauer des Unterstützungsbezuges eintreten, daher schlägt der Verbandsvorstand die Beitragserhöhung mit 10 H. vor.

Bei der Arbeitslosen-, Gemahregelten- und Reiseunterstützung ist es ähnlich. Durchschnittlich entfallen von jedem Beitrag 10.5 H. auf diese Unterstützungsziele. Im letzten Jahr ist es noch etwas günstiger geworden. Früher im ersten Quartal des Verbandsbeginns entfielen 16.5 H. für Unterstützungsziele, das war ein abnormales Verhältnis, weil da in Niederösterreich die Beiträge noch an die Gewerkschaft abgeführt wurden. Dann hat sich das Verhältnis verbessert auf 12.9 und 10.5 H. Im ersten Halbjahr dieses Jahres entfielen auf diese Unterstützungsziele 8.4 H. von jedem Beitrag. Diese Erhöhung ist vornehmlich auf den großen Mitgliederzurzach im heurigen ersten Halbjahr zurückzuführen. Je mehr sich aber die Mitgliedschaft des Verbandes stabilisiert, desto höher werden die Anforderungen an den Verband werden.

Die obligatorische Einführung der Extrasteuer findet überall Zustimmung. Die Wiener, Floridsdorfer, Korneuburger und Altmühligen zählen die Grazer bereits obligatorisch. Die Grazer haben beschlossen, sie von 1. September einzuführen und sind damit dem Verbandsstage vorauseilt. Gerade die Provinzgenossen hätten das Interesse, die Extrasteuer allgemein einzuführen, denn die Lohnkämpfe in der Provinz sind teurer als in Wien.

So kostete beispielsweise der Streik in Linz 2350 Kr., während die Linzer Organisation im Jahre 1903 200 Kr. an den Reservefonds abgeliefert und gar keine Extrasteuer bezahlt hat. Sie mühte also über sechs Jahre die Beiträge leisten, um nur diese Kosten zu erlösen. Die Provinzgenossen sollen also auch mehr leisten. Und sie können es am so leichter, als damit eine Erhöhung der Unterhaltung verbunden ist. Es wird dann in manchen Fällen mehr Zuschunterstützung gezahlt werden können als die Leute verdienen, vorüber noch beim Punkt „Vorbüffel“ verhandelt wird. Aber es steht fest, daß nur die Centralisierung der Organisationen und unsere Mittel die Siege erringen werden.

Unser Widerstandsfonds weist zwar einen nachhaltigen Bestand auf, aber er ist immerhin noch gering, wenn man bedenkt, was für Zeiten noch kommen können. Es kann zu Kämpfen und Ausverkäufen kommen, wie in Dänemark, die ungeheure Summen verschlingen. Bei voller Kasse können wir beruhigt sein, dass sich unsere Kämpfe erfolgreich und weniger heftig abspielen. Ich empfehle Ihnen daher die Einführung einer neuen Klasse und die obligatorische Erfüllung der Extrasteuer anzunehmen. Es sollen einzelliche Bestimmungen bezüglich der Unterstützungen gelten, wonach die Streitunterstützung 14 Kr. per Woche betragen wird.

Vom Delegierten Valentinius aus Linz wird der Verlauf des Streiks in Linz geschildert und die Meinung vertreten, dass sich der Streik bedeutend billiger abgewickelt haben würde, wenn der Vorstand sofort einen Vertreter entsendet hätte. Die Brutalität der Meister und das Verhalten der "Christlichen" während des Streiks wird von ihm gebührend gewürdigt.

Nach einem Schlusswort Silberers werden die Unterstützungsclasse nach der Vorstandsvorlage angenommen, ebenso der Vorstandsantrag, Einführung einer III. Klasse mit einem wöchentlichen Beitrag von 88 Kr. für Mitglieder der III. Klasse, welche 90 Kr. bezahlen, werden während der Arbeitslosigkeit die Krankenversicherungsbeiträge geleistet. Damit sind ein Teil der von den Ortsgruppen gestellten Anträge erledigt. Die übrigen Anträge werden abgelehnt, mit Ausnahme eines Antrages von Leoben, der besagt, dass für vertriebene Mitglieder, die durch lange Arbeitslosigkeit keiner Kronenklasse mehr angehören und keine Angehörigen hinterlassen haben, die Hinterbliebenenunterstützung zur Verwendung verwendet wird.

Ferner wird ein von einigen Delegierten auf dem Verbandsstage bezüglich der Delegationskosten gestellter Antrag angenommen, der außer der Entschädigung des Fahrgeldes 9. Klasse die Diäten der Delegierten am Orte des Verbandsstages von 3 auf 4 Kr., die der auswärtigen Delegierten von 6 auf 8 Kr. pro Tag erhöht. Von Silberer wird noch besamt gegeben, dass die Einführung der obligatorischen Extrasteuer und der III. Klasse mit dem 1. Januar 1905 in Kraft treten werden.

Hierauf wird zu Punkt 6 „Nachpresse“, übergegangen und hierzu vom Genossen Silberer ausgeführt, dass die Auslage der Bäderzeitung bei Gründung des Verbandes 2300 Exemplare betragen habe, aber fortwährend gestiegen ist. Zur Zeit der Lohnberechtigungen wurde das Blatt in 6000 Exemplaren hergestellt, jetzt in der normalen Zeit beträgt die Auslage 5400. Weiter wird sich die Auslage nicht vermindern, im Gegenteil wird eine stetige Zunahme eintreten. Die Mitarbeiter der Zeitung unter den Kollegen sind knapp und diese müssen wiederholt zu Beiträgen angeholt werden. Es wäre mir etwas leichter, wenn ich mehr artikelschreibende Kollegen finden würde, umso mehr, da von Berücksichtigen gejedruckte Artikel von den Mitgliedern mit Vorliebe gelesen werden und anderen Artikeln, die nicht auf den Beruf zugeschnitten und mitunter sehr fiktivisch werden, vorzuziehen sind. Die bisherige 14-tägige Erscheinungsweise des Blattes bittet er beizubehalten und alle weitergehenden Anträge auf wöchentliches oder dreimaliges Erscheinen im Monat aus finanziellen und technischen Gründen abzulehnen. Ein öfteres Erscheinen würde das Blatt infolge der geringen Mitarbeiterzahl seinemwegs belasten. Wenn notwendig und genügend Stoff vorhanden, wird durch Beilagen dem Mangel abgeholfen werden. Günstige Gelegenheiten aus den Orten und Situationen berichte aus den Fabriken würden stets gerne angenommen, aber die nichtssagenden und langweiligen Berichterstattungen müssten aus dem Blatte ferngehalten werden. Der Antrag der Ortsgruppen im Süden, ein besonderes Blatt in italienisch-slowenischer Sprache herauszugeben, bittet er wegen der Unrentabilität — es kommen jetzt nur 180 Mitglieder in Frage — abzulehnen.

Von dem Vertreter der südslawischen Bäderarbeiter wird der Antrag auf ein italienisch-slowenisches Blatt ausschließlich begründet und betont, dass es nur mit Hilfe eines sozialen Kreises, dass zu den dortigen Kollegen in der Muttersprache spricht, möglich sei, die nach Anfützung und Besteitung lebenden Bäderarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Nochmals verschiedene Delegierte noch zum Punkt Presse gebracht, wird ein von Rudolph Grau gestellter und begründeter Antrag, für die italienisch und slowenisch sprechenden Mitglieder ein monatlich erscheinendes Blatt in zwei Sprachen herauszugeben und für jede Nummer einen Zusatz von 40 Kr. aus der Zeitungsfeste zu leisten, dem Vorstand zur Veranlassung übertragen. — Die Anträge auf öfteres Erscheinen der Bäderzeitung werden abgelehnt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung liegt ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Festsetzung eines Maximarbeitszeitlimits und die Abschaffung der Nacharbeit vor, dessen Zustimmung unsere österreichischen Kollegen hauptsächlich der Rücken des Abgeordneten Dr. Berlin zu dichten haben.

Der vom Vorstande dem Verbandsstage zur Annahme unterbreitete Entwurf hat folgenden Wortlaut:

**Geiges vom**  
beir. des Vorst. der Nacharbeit, die Regelung der Arbeitszeit, sowie der Sonn- und Feiertagsruhe und die Einführung von Arbeitsordnungen in den Bäderen.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichstages finde ich auszurichten wie folgt:

§ 1. Die Nacharbeit in den Bäderen ist unterstellt. Als Nachzeit gelten die Stunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh.

§ 2. In den Bäderen, in welchen mit einfacher Schicht gearbeitet wird, darf die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden nicht übersteigen. Innerhalb dieser Arbeitszeit ist jedem Haushälter eine Pause von mindestens einstündigem Dauer zu gewähren. Zwischen zwei Arbeitszeiten darf jeder Haushälter eine ununterbrochene Ruhezeit von 13 Stunden aufweisen. In die Arbeitszeit ist auch das Auftreten der Werte einzurechnen.

§ 3. In den Bäderen, in welchen mit Doppelschichten gearbeitet wird, darf die Arbeitszeit jeder Schicht 8 Stunden nicht übersteigen. Innerhalb dieser Arbeitszeit ist jedem Betriebs eine mindestens halbstündige Überzeitpause zu gewähren. Innerhalb 24 Stunden darf jeder Arbeiter auf eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 16 Stunden zurück. In die Arbeitszeit ist auch das Auftreten der Werte einzurechnen.

§ 4. Die zu den Zwecken des Tages und der Erziehung der arbeitenden Bäderarbeiter erforderlichen Vorarbeiten schaen am 1. Uhr früh begonnen werden. Zu

denselben dürfen jedoch nur die hierfür erforderlichen Hilfskräfte verwendet werden. Frauen und jugendliche Personen dürfen zu den Vorarbeiten keine Verwendung finden. § 5. In den Bäderen hat die Arbeit an Sonntagen durch mindestens 80 Stunden zu ruhen.

Zu Weihnachten ist eine Ruhezeit von mindestens 80 Stunden zu gewähren.

§ 6. Am Vorlagen von Sonn- und Feiertagen kann die Arbeitszeit für jede Arbeitschicht (§§ 2 und 3) um zwei Stunden verlängert werden. Diese Verlängerung darf in Bäderen mit einscher Arbeitschicht bis 10 Uhr, in den Bäderen mit Doppelschichten bis 12 Uhr nachts sich erstrecken.

Innerhalb der 80stündigen Sonn- und Feiertagsruhe (§ 5, alinea 2) ist, unbeschadet der Bestimmungen des § 4, alinea 1, die Vornahme von Vorarbeiten zur Erzeugung von Schwarzbrot zulässig. Diese Vorarbeiten dürfen frühestens acht, respektive ein zweitesmal frühestens drei Stunden vor Beginn der regelmäßigen Schicht erfolgen und jedesmal nicht mehr als eine Stunde in Anspruch nehmen. Den hierbei beschäftigten Personen ist im Laufe der Woche ein Erholungstag zu gewähren.

Die Nebenstunden sind besonders zu entlohnen.

§ 7. Die Vorschriften des § 88 a der Gewerbeordnung über Arbeitsordnungen finden für sämtliche Bäderen Anwendung.

§ 8. Die Übertretung der §§ 1 bis 7 wird an dem Arbeitgeber mit einer Geldstrafe von 100 bis 2000 Kr. oder mit Arrest von 10 Tagen bis drei Monaten, im Wiederholungsfalle nur mit Arrest bestraft.

Zur Strafamtshandlung ist in erster Instanz das Gerichtsgericht berufen.

§ 9. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Wirksamkeit.

§ 10. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist mein Handelsminister, mein Justizminister und mein Minister des Innern betraut.

Der ursprünglich als Referent für diesen Gesetzentwurf gewonnene Genosse Dr. Verfaul war leider verhindert zu erscheinen und sprach daher der vorstehend als Korreferent über die Abstimmung der Nacharbeit. Selbiger führt aus: Es hat fast den Anschein, dass sich unsere Kollegen so sehr an die Nacharbeit gewöhnt haben und dieselbe so stark im Berufe eingewurzelt ist, dass ein großer Teil der Kollegen Zweifel daran hegt, der Nacharbeit mit Erfolg auf den Leib rücken zu können. Wundern muss er sich über das schneidemäßige Tempo, das vom Deutschen Bäderverbande der Abschaffung der Nacharbeit gewidmet wird. Wir Bädergelellen, die Nacht für Nacht die Schädlichkeit und das Unliehame der Nacharbeit am eigenen Leibe verspüren und büßen müssen, haben es nicht notwendig, durch Literatur über die schädliche Nacharbeit aufzuklären zu werden. Nichtsdestoweniger müsse rasch und ununterbrochen in Versammlungen der Nacharbeit der Krieg erklärt und dem Publikum in Flugschriften und Broschüren die verwerfliche Nacharbeit in den Bäderen vor Augen geführt und für die Beseitigung befiehlt werden. Ein Antrag, Herausgabe einer Agitationsschrift, wird dem Verbandsvorstand zur Ausführung überwiesen.

Rudolph Grau Silberer betont, dass sich die Nacharbeit nicht über Nacht abschaffen lasse und zu dem vorhandenen Material immer mehr statistisches Material zugetragen werden müsse, wird der vorliegende Entwurf angenommen mit der Abänderung, dass in § 2 statt 11 Stunden 10 Stunden Maximarbeitszeit und für 13stündige 14-stündige ununterbrochene Ruhezeit zu lesen sind.

Mit der Annahme dieses Entwurfs ist zugleich der Punkt 8: Der Kampf um die Sonntagsruhe, erledigt. Ein hierzu von der Ortsgruppe Wissig gestellter Antrag auf eine 30stündige Sonntags- bez. Erholungszeit wird abgelehnt, da sich dieser Antrag mit dem angenommenen Gesetzentwurf in Widerspruch stehen würde.

Über Punkt 9, „Lohnbewegungen“, referierte Silberer. Derselbe beträgt ausführlich die in diesem Jahre stattfindenden Lohnbewegungen und Streiks und die dabei zu Tage getretenen Mängel. Die gesammelten Erfahrungen müssen in Zukunft ausbringend verwertet und auf der Basis der Tarifabschlüsse weitergeschritten werden. — Die nachstehende, dem Referate zu Grunde gelegte Resolution wurde von den Delegierten zum Beifügen erhoben und zugleich die Streitunterstützung für Mitglieder, die bereits 26 auf Arbeitswochen entfallende Beiträge entrichtet haben, auf 2 Kr. täglich und für jedes Kind bis zu 5 um 30 Kr. mehr festgesetzt: Mitglieder, welche noch keine 26 Wochenbeiträge geleistet, erhalten täglich 1 Kr.

#### Resolution:

Der Verbandsstag erlässt als die vornehmste Aufgabe der Verbandsorganisation die durchgreifende Verbesserung und Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Als besonders geeignetes Mittel, dieses Ziel zu erreichen, erscheint ihm der Abschluss von Kollektivarbeitsverträgen.

Um jedoch solche Beiträge zu erreichen, ist eine starke, möglichst alle Kollegen am Orte umfassende Organisation und der Ausbau des Betriebsmännerkreises erforderlich. Der Verbandsstag macht es daher allen Orten zur unbedingten Pflicht, mit Lohnforderungen erst dann an die Meister heranzutreten, wenn eine genügend gefestigte Ortsorganisation vorhanden ist.

Bei Eintreten in eine Lohnbewegung sind die bezüglichen Verhältnisse des Streifreglements genau zu beachten. Es sind also die Forderungen vier Wochen vor deren Übertreibung an die Meisterschaft dem Verbandsvorstande zur Prüfung einzutragen und um deren Zustimmung zum Eintreten in die Lohnbewegung nachzufragen.

Die Forderungen und die diesen beigegebene Begründung sind so absziffern, dass sie das Ziel, Abschaffung eines Kollektivarbeitsvertrags, offen erkennen lassen und dessen Erreichung erleichtern.

Es ist großer Wert darauf zu legen, dass Unterhandlungen mit der Vertretung der Meisterschaft stattfinden. Sollten Unterhandlungen abgelehnt werden, so ist die Intervention des Gewerbeaufsichtsrats befreit. Anbehaltung von Unterhandlungen einzutragen. Den Verhandlungen mit der Meisterschaft ist, wo dies irgend erfordlich erscheint, ein Vertreter des Verbandsvorstandes beizugesellen, da Erfahrungsgemäß der friedliche Abschluss dadurch erleichtert und erfolgreicher gestaltet wird. Die Kollektiv-Verträge sollen wieder um einen zu kurzen noch zu langen Zeitraum abgeschlossen werden; der Verbandsstag empfiehlt Abschlüsse von drei Jahren.

Ist ein Vereinsschluss mit der Genossenschaft erreicht, dann stehen zwei Wege zu dessen Durchführung offen: Entweder es wird verlangt, dass an dem Tage des Abschlusses sämtliche Meister das Vereinsschluss ihnen die Arbeitskräfte entzogen werden, oder es findet keine Einzelunterfertigung statt und es werden, ehe zur Arbeitsdienststellung gegenständig wird, die im Vereinsschluss vorgesehenen freudlichen Mittel in Anwendung gebracht. Der erstere Vorgang empfiehlt sich in kleineren Städten, in großen Städten ist je nach Lage zwischen den beiden Anwendungsmöglichkeiten zu entscheiden. Für den Streitfall ist eine womöglich vollzählige Beteiligung am Streit vorzusehen und durch Aufstellung von Streikposten Zugang von Arbeitskräften rechtzeitig zu verhindern. Nach Möglichkeit sind vorher die Kundenadressen der betreffenden Unternehmer zu beschaffen. Alle auf den Streit bezüglichen Vorschriften des Streifreglements sind streng eingehalten.

Die vornehmste Aufgabe nach Abschluss des Lohnkampfes ist die Aufrechterhaltung des Errungenen. Deshalb muss die Organisation mit unverminderter Stärke aufrecht erhalten, und gegen Bäderen, die sich dem Vereinsschluss zu entziehen suchen, nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gründlich, deren Regelung dauernd zu gestalten, bildet den wichtigsten Grundton unserer Verbandsorganisation; dieser Aufgabe sind alle Kräfte zu weihen.

Die Bekündigung eines Vereinsschlusses kann nur im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand erfolgen."

Mit Erledigung des Punktes 10, „Wahlen des Vorstandes, Schiedsgerichts, und der Kontrolle“, welche nach einer Vorschlagsliste vorgenommen wurden, waren die Hauptarbeiten des Verbandsstages beendet.

In Punkt 11 wurden noch eine Reihe von Befreiungen gestellter Anträge erledigt. Davon ist besonders zu erwähnen die Annahme des Antrages, die Gewährung des Rechtsschutzes an Mitglieder von einer dreimonatlichen statt der bisherigen sechsmonatlichen Verbandszugehörigkeit abhängig zu machen. Ferner wird beschlossen, dass bei zukünftigen Verbandsstagen auf je 100 Mitglieder statt 50 ein Delegierter entfallen soll, bis 200 Mitglieder 2 Delegierte usw. Ein Antrag, der Lehrlingszüchterei und Aussentung eine Schranke zu setzen, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung übergeben. Angenommen wird der Antrag, in der „Bäderzeitung“ sind aufklärende Artikel über die Wirkungen des Alkoholgenusses zu veröffentlichen; abgelehnt hingegen der Antrag, die Mitglieder durch Vorträge und Diskussionen zur völligen Enthaltung von Alkohol zu erziehen. Ein Antrag, Herausgabe einer Agitationsschrift, wird dem Verbandsvorstand zur Ausführung überwiesen.

Damit waren die Beratungen zu Ende geführt und hatten unsere österreichischen Kollegen in den zwei Tagen der Verhandlungen ein großes Stück Arbeit geleistet. Die großartige Leistung innerhalb zweier Tage muss um so höher eingeschätzt werden und Bewunderung hervorrufen, wenn man in Betracht zieht, dass Kollegen delegiert waren aus Gebinden, in denen man sich der deutschen Sprache nicht mehr bedienen kann. Und gerade diesen Delegierten italienischer, slowenischer und polnischer Zunge ist es als Verdienst anzuschreiben, dass die Beratungen programmatisch zum Abschluss gebracht werden konnten. Neben ihrer schweren beruflichen Arbeit haben sich diese Kollegen fremder Sprachen so weit vorgebildet, dass sie in deutscher Sprache die Ansiedelung ihrer heimatlichen Kollegen vorbringen konnten und damit den Verbandsstag in seiner Arbeit durch die zeitraubenden Übersetzungen nicht aufgehalten haben.

Der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Friedmann, verabschiedete sich mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die gastfreundliche Annahme und wünschte dem Verbande zu seinen Errungenen weitere Erfolge zum Besten der österreichischen Bäderarbeiter. Mittlerweile füllten die Grazer und Wiener Gesangskktion des Verbandes das Kongresslokal und ließen zwei herrliche Freiheitslieder erschallen, worauf der Vorsitzende den Verbandsstag für geschlossen erklärte.

#### Quittung.

Vom 12. bis 18. September gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

für Monat August: Mitgliedschaft Leipzig 396.95 M., Neustadt 18.40, Rudolstadt 9.40, Halle 62.25, Grimmaichau 38.30, Brandenburg 36.55, Neumünster 4.90, Altenburg 14.35, Offenbach 70.65, Bant-Wilhelmshaven 28.50, Schwerin 17.40, Kiel 209.75, Lübeck 96.05, Hamburg 72.80, Bergedorf 28.30, Elberfeld 144.75, Braunschweig 88.45, Segeberg 89.35, Würzburg 57.—, Frankfurt 416.55, München 1009.45, Remscheid 28.30, Jena 25.25, Augsburg 53.95, Königsberg 26.40, Breslau 119.50, Schönebeck 10.15, Solingen 31.—, Freiburg 117.20, Konstanz 16.45 M.

für Juli bis September: Erding 15.75 M.

für Juli und August: Düsseldorf 152.65, Gotha 38.80, Landshut 66.15 M.

für Juni bis August: Straßburg 14.15 M.

Bon Gindelzählern der Hauptkasse: B. B. Löhn 8.50, M. S. Stan 2.10, G. F. Großwitz 7.70, A. M. Goldlauter 4.—, G. A. Ems 1.30, M. W. Hohenlimburg 4.80, F. G. Nordenham 5.20, P. H. Münchberg 4.—, H. V. Wildungen 4.80, R. U. Cenz 2.60, J. S. Hann. Münden 10.—, A. U. Antibis 2.90, R. D. Billingen 1.60 M.

für Mannen: E. S. Bonnien 1.80, Zentr.-A. A. Braunschweig 3.60 M.

für Großfürsten: Mitgliedschaft Düsseldorf 7.—, Neustadt 1.50, Leipzig 5.—, Grimmaichau 3.—, Erding 2.50, Hamburg 5.—, Bremen 1.—, Frankfurt 25.—, Remscheid 5.—, Augsburg 12.50, Königsberg 2.—, Gotha 7.50, Breslau 6.50, Schönebeck 2.—, München 125.—, Landshut 50.—, Solingen 9.—, B. B. Lönn 50.—, M. W. Hohenlimburg 50.—, R. U. Cenz 50 M.

für Monat August haben mit der Hauptkasse nicht abgerechnet die Mitgliedschaften: Köln, Darmstadt, Elmshorn, Essen, Siegen, Hörde, Halberstadt, Hildesheim, Königslutter, Leisnig, Lüneburg, Meß, Lüdenscheid, St. Johann und Stettin.

Seit Juli registriert: Bielefeld, Heidelberg und Wilhelmshaven.

Seit Juni: Birno.

Der Hauptklasser: Fr. Friedmann.